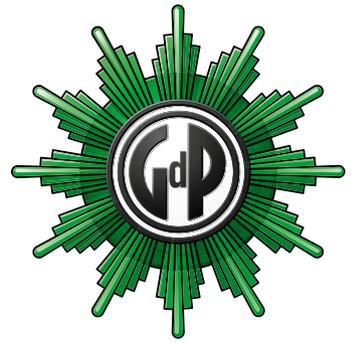


DP

DEUTSCHE POLIZEI

09/24

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



2026

2025

2024

2023

2022

Bergfest für den
Geschäftsführenden
GdP-Bundesvorstand

HALBZEIT GESPRÄCHE



STEHT HINTER DIR



Für alle Polizeibeschäftigten sind wir die Rückendeckung.

Auch für Dich!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei nicht nur für Deine beruflichen Belange ein. Sie hat auch zusammen mit der SIGNAL IDUNA Gruppe das Gemeinschaftsunternehmen PVAG, die Polizeiversicherungs-AG, gegründet. Diese einmalige Kombination schützt Dich in allen Bereichen Deines Berufs – egal ob in Uniform oder privat.

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA 

Titel

Halbzeitgespräche



- 2 Schritt für Schritt voran und unser Ziel im Auge
- 5 Ausgezeichnete Expertise in der Mitbestimmung
- 8 Die Kripo ist in der GdP in guten Händen
- 10 Verkehrssicherheitsfragen sind Kernkompetenz der GdP
- 12 Für die Sache hart kämpfen und nie den Humor verlieren
- 14 Allzeit Bereit!
- 17 Man kann nur etwas mitgestalten, wenn man es auch lebt
- 20 „Verstaubte“ Verwaltungen? Nein!
- 22 Von echter Gleichstellung noch weit entfernt

Innenleben

EURO 2024



28 #EinstarkesTeam

Aus der täglichen Personalratstätigkeit



- 30 Mit sehr, sehr langem Atem
- 33 Auf Euch kommt es an!
- 37 Gesundheit im Blick
- 37 Vom Kriminalfall bis zur fertigen Geschichte

Polizei und ihr gesellschaftliches Abbild



38 Wer die Besten will...

40 Nachschärfen dringend erforderlich

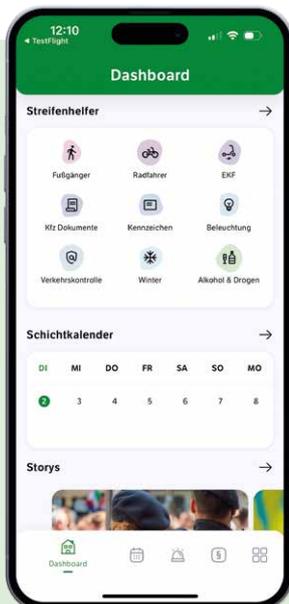
Hingeschaut

36 Nationale Suizidstrategie erörtert

Service

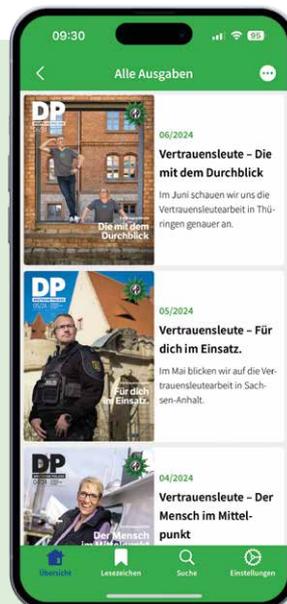
25,35 Eine starke Partnerschaft

40 Impressum



DEINE GdP-APP

Deine neue GdP-App: alles im Blick, schnell und einfach. Mit den Top-News der GdP und dem Schichtkalender sowie Streifenhelfer als Herzstücke. Doch zu entdecken gibt es noch viel mehr ...



DP – DEUTSCHE POLIZEI

Deine digitale DP, wo und wann immer Du willst: selbstverständlich inklusive aller Landes- und Bezirksjournale. Übrigens auch mit der „POLIZEIPRAXIS“. Wenn Du sagst, „Papier, nein danke“, ist das Deine DP-Alternative.



Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

Schritt für Schritt voran und unser Ziel im Auge

Jochen Kopelke ist Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Ein Gespräch über Herzensangelegenheiten, das Nichtlockerlassen und wie Wertschätzung in praktische Verbesserungen umgewandelt werden kann.



GdP/May/Heesche/maann

Jochen Kopelke

Der Bremer führt die Organisation an und trägt in seinem Geschäftsbereich unter anderem Verantwortung für die Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, Internationales und die GdP generell.

Redaktion

DP: Lieber Jochen, bitte ergänze aus Deiner Sicht diesen Satz: Die Gewerkschaft der Polizei ist...

Jochen Kopelke: ... in allen ihren Teilen eine großartige Organisation und für mich eine Herzensangelegenheit. Ich freue mich, dass ich als Bundesvorsitzender unsere GdP anführen darf. Diese Verpflichtung nehme ich sehr ernst. Mir ist es sehr wichtig, dass ich das mir geschenkte Vertrauen des Bundeskongresses jeden Tag unseren Mitgliedern gegenüber rechtfertige. Ich arbeite sehr gerne in unserem engen und engagierten Team des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, weil ich stets weiß, da geht was.

DP: Als bekanntester Kopf der GdP betätigst Du Dich unter anderem über Presseerklärungen, Interviews und TV-Auftritte an einer Vielzahl politischer und gesellschaftspolitischer Debatten. Was entgegnest Du Menschen, die sagen, da solle sich die GdP mal schön heraushalten und sich um die Mitglieder kümmern?

Kopelke: Denen sage ich zunächst, dass sie offenbar nicht wissen oder wissen wollen, dass sich die GdP landauf, landab schon seit 75 Jahren sehr intensiv und erfolgreich um ihre Mitglieder kümmert. Unser Auftrag ist es jedoch ebenso, uns für unsere Kolleginnen und Kollegen, für die deutschen Polizeien, in politische Debatten einzubringen. Deren Themenvielfalt ist breit gestreut. Wir wollen, dass unsere Stimme in der Öffent-

lichkeit gehört wird und unsere Argumente Einfluss auf Entwicklungen und Entscheidungen nehmen, die die Polizei und die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik aktuell und künftig betreffen. Dazu haben wir übrigens seit dem letzten Bundeskongress bis heute über 170 Presseerklärungen und 210 schriftliche Interviews herausgegeben. Weiterhin haben wir uns bis jetzt an mit rund 60 Stellungnahmen zu laufenden Beteiligungsverfahren in der Gesetzgebung eingebracht.

DP: Du hast rasch damit begonnen, die Vernetzung der GdP in politischen, politischen und breiten Bereichen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik voranzutreiben.

Kopelke: Die GdP ist auch schon vor meiner Amtszeit gut vernetzt gewesen. Meine Vor-

gänger haben da ausgezeichnete Arbeit geleistet. Klar ist, dass wir Dinge vornehmlich dann zum Positiven bewegen können, wenn wir mit Entscheiderinnen und Entscheidern sprechen, wir uns also auch auf einer persönlichen Ebene austauschen können. Das tun wir. Und mir persönlich ist es daran gelegen, die Zahl unserer Ansprechpartnerinnen und -partner in Politik, Polizei, und allen für unsere Themen relevanten Organisationen und Verbänden zu vergrößern – national wie international.

DP: Du hast in Deiner Agenda sehr deutlich gemacht, dass das politische Europa ein wichtiger Ort ist, um erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen zu leisten.

Kopelke: Wenn es darum geht, dass europäische Entscheidungen in deutsches Recht



GdP-Chef Jochen Kopelke (r.) im Austausch mit Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen, im Rahmen eines Treffens mit der Gewerkschaft der Polizei.

Digitalisierer

Alle sprechen über Digitalisierung. Die GdP packt sie an. Unter der Führung des Bundesvorsitzenden ging im Juli 2024 die neue Homepage der Gewerkschaft der Polizei an den Start: größer, bunter und nutzerfreundlicher. Und auch das Mitgliedermagazin DP DEUTSCHE POLIZEI ist seit Kopelkes Amtsantritt in digitaler Form als DP-App erhältlich. Auf Initiative des GdP-Chefs wurde deren Inhalt in den vergangenen zwei Jahren erweitert. Interessierten steht über die App nun auch das Magazin Polizeipraxis zur Verfügung.

Europäer

Kopelke ist im Herzen Europäer. Daran ließ er bei seinem Amtsantritt im September 2022 keinen Zweifel. In den vergangenen 730 Tagen reichte er seinen europäischen Gewerkschaftskollegen die Hand und holte sie alle an einen Tisch. Darunter die Eu.Pol, EuroCOP und Nordisca. Er platzierte Deutschlands größte Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte auf dem politischen Parkett Europas als wichtige Stimme. In diesem Zuge stärkte er das GdP-Büro in Brüssel durch Fachveranstaltungen, wie „Politik trifft Polizeipraxis: Wie stärken wir die EU und ihre Mitgliedstaaten im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch?“ Zudem gab er im Sinne eines echten europäischen Austausches die mehrsprachige Veröffentlichung von Gewerkschaftsinhalten, darunter das Impulspapier „Europäische Sicherheit gemeinsam gestalten“, heraus und verdeutlichte so den internationalen Anspruch der GdP.

umgesetzt werden müssen, wollen wir nicht gänzlich tatenlos dabei zugesehen haben. Dazu betreiben wir seit 2016 ein GdP-Europa-Büro in Brüssel. Momentan entwickelt sich die politische Ausrichtung des Europaparlaments jedoch eher in das Durchsetzen nationalstaatlicher Interessen. Das erschwert es uns, im europäischen Kontext gewerkschaftlichen Einfluss zu nehmen. Gleichwohl verfolgen wir dennoch das Ziel einer besseren Verzahnung der europäischen Polizeien. Es ist bekannt, dass das Verbrechen zuneh-

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin, trifft Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei zu einem Gespräch im Deutschen Bundestag in Berlin.



GdP-Chef Jochen Kopelke im Gespräch mit Kollegen im Rahmen eines Betreuungseinsatzes anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz.



mend international agiert. Dem können sich die Polizeien nur erfolgreich entgegenstellen, wenn sie in operativen Bereichen und im digitalen Austausch aufeinander zugehen. Der Schwerpunkt unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit liegt jedoch weiterhin in den Bundesländern und im Bund. Dort spielt sich in erster Linie die tägliche Arbeitsrealität unserer Kolleginnen und Kollegen ab. Und dort wollen wir unseren Einsatz noch einmal verstärken.

DP: Trotz vieler, teils sehr unterschiedlicher Themen, sprichst Du oft die notwendige Vereinheitlichung von Gesetzen und polizeilichen Maßnahmen an. Ist im Grunde der Föderalismus gemeint?

Kopelke: Nein. Der Föderalismus ist wichtiger denn je. Ein Blick zurück in die dunklen Kapitel unserer Geschichte zeigt uns, wie wichtig föderale Strukturen als wirksamer Schutz gegen die Feinde der Demokratie sind. Für die Arbeit der Polizei nützliche Vereinheitlichungen lassen sich nur dann erzielen, wenn auf der politischen Ebene der Re-

gierungen Kompromissbereitschaft besteht. Daran mangelt es. Es ist unsere, auch meine, Aufgabe, da nicht locker zu lassen.

DP: Angesichts des äußerst dynamischen Themas „Innere Sicherheit“ könnte man das Gefühl haben, kaum schraubt man an der einen Stelle, ereignet sich etwas unmittelbar an einer völlig anderen. Wie gehst Du damit um, eigentlich nie fertig werden zu können?

Kopelke: Eine stabile Frustrationstoleranz ist sicherlich eine wichtige Voraussetzung für mein Amt. (lacht) Entscheidend ist es, die Themen immer wieder in der Öffentlichkeit anzusprechen und damit auch einen gewissen Druck aufzubauen. Hartnäckigkeit und eine gewisse Penetranz benötigt man dafür schon. Ungeduld hilft nicht. Wir gehen Schritt für Schritt voran und behalten unser Ziel im Auge. Das gilt natürlich auch für unsere starken Personalrätinnen und -räte in den Dienststellen, unsere großartigen Vertrauensleute und unsere höchst engagiert arbeitenden Landesbezirke und Bezirke.

Netzwerker

Als erstklassiger Netzwerker ist Kopelke dort, wo Dinge in Bewegung sind. Und noch viel wichtiger: Er ist dort, wo Dinge ins Stocken geraten, um Impulse zu setzen. In den Justiz- und Innenressorts von Bund und Ländern kennt und schätzt man den Bremer als klaren und hartnäckigen Verhandler für seine Kolleginnen und Kollegen. So steht er nicht nur im Austausch mit Bundespräsident Steinmeier und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesminister Nancy Faeser, Robert Habeck, Christian Lindner und Marco Buschmann hören sehr genau hin, wenn Kopelke GdP-Themen anspricht. Weiterhin ist der GdP-Chef bundesweit für die Mitglieder vor Ort im Einsatz, besucht die Landesbezirke und Bezirke und unterstützt bei GdP-Einsatzbetreuungen, wie auf der Münchner Sicherheitskonferenz und zuletzt auf dem Wacken Open Air.

Expertenstimme

Nicht nur die Politik, auch die Medien haben großes Interesse an der Expertise des Bremers. Im Vorfeld der EM 2024 war Kopelke eine gefragte Stimme zum Thema Fußball im politischen und rechtlichen Kontext. Der Sportausschuss befragte ihn 2024 zu Sicherheitsfragen im Fußball und Gewalt im Fußball als gesamtgesellschaftliches Phänomene. Beim Bundesverfassungsgericht vertrat er die GdP-Position zur Verfassungsbeschwerde der Deutschen Fußballliga (DFL) zur Kostenbeteiligung bei Hochrisikospiele.

DP: Das schreckliche Ereignis des Todes unseres Kollegen Rouven Lauer in Mannheim hat erneut allen das extreme Risikopotenzial des Polizeiberufes vor Augen geführt. Empfängt die Polizei genug Wertschätzung für ihren schweren Dienst?

Kopelke: Ja, die Bevölkerung stützt unsere Kolleginnen und Kollegen mit großer Wertschätzung und hohem Vertrauen aus. Bei den politisch Verantwortlichen in den Regierungen sollte sich jedoch die Wertschätzung ihrer Polizeien über Interviews und Parlamentsreden hinaus erstrecken. Als GdP haben wir auch schon nach den brutalen Morden von



Bundesjustizminister Marco Buschmann und GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke stehen in Kontakt und im Austausch über Gesetzesvorhaben der Bundesregierung.

Kusel sehr deutlich gemacht, dass die Absicherungen bei Tod und schwerem Dienstunfall nicht ausreichen, um unseren Fürsorgeanspruch gegenüber dem Dienstherren zu erfüllen. Die Polizeizulage, der Umgang mit posttraumatischen Belastungsstörungen, aber auch ganz generell, die Besoldungsunterschiede, Ausstattungsdefizite, die schleppe Digitalisierung und weitere Themen... An allen diesen Stellen kann die Politik Wertschätzung in praktische Verbesserungen umwandeln. Wir sprechen diese Themen an und lassen nicht locker.

DP: Mit Blick auf die Legalisierung von Cannabis zu Konsumzwecken hat die GdP bereits beim letzten Bundeskongress, ihre konstruktive Mitarbeit angeboten. Wie ärgerlich ist es, dass die Entscheider sich insbesondere bei diesem Thema über nahezu alle Bedenken hinweggesetzt haben?

Kopelke: Mich verwundert das nicht, und es löst auch keinen Ärger aus. Politik ist das Herbeiführen von Kompromissen mit Blick auf zuvor gegebene Wahlversprechen. Das sollte man wissen, bevor man dort ein-

steigt. Ich weiß, dass wir als Organisation alles Mögliche getan haben, um die polizeiliche Perspektive im Kontext der Cannabislegalisierung zu erklären und Veränderungen zum Besseren zu erwirken. In Teilen ist uns das gelungen. Dennoch bleibt vieles in diesem Gesetz undefiniert und wurde letztlich übereilt verabschiedet. Es wäre nicht das erste Mal, dass in der Politik hinterher viele schlauer und leiser sind.

DP: Ein thematischer Dauerbrenner ist die Gewalt im Fußball, der Hass auf die Einsatzkräfte und die hohe Einsatzbelastung der Polizeien in der ganzen Bundesrepublik. Was könnte der Schlüssel sein, um zum Sport zurückzufinden?

Kopelke: Angesichts des juristischen Prozesses um die Kostenbeteiligung von Fußballvereinen an polizeilichen Fußeinsätzen sind wir vom Bundesverfassungsgericht angehört worden. In Karlsruhe haben wir dargestellt, dass alle Vereine von der ersten bis zur fünften Liga eigene Sicherheitsbeauftragte ernennen und ergänzend dazu Fanbeauftragte einsetzen sollten. Überall dort, wo sich eine gewaltbereite Fanszene etabliert hat,



Gern gesehener Mediengast: GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke bei einem seiner Auftritte im ZDF-Morgenmagazin.

oder zu etablieren droht, muss ebenso eine klare Abgrenzung des Vereins gegenüber den gewaltbereiten Fans erfolgen. Der deutliche Ausbau der Präventionsarbeit der Vereine und der Fußballverbände ist aus Sicht der GdP wichtiger als eine mögliche Beteiligung der Vereine an den Kosten des Polizeieinsatzes bei Hochrisikospielen. Wir bleiben im Gespräch mit der Deutschen Fußball-Liga und dem Deutschen Fußballbund.

DP: Und die Aggressivität gegenüber der Polizei?

Kopelke: Die muss ein Ende nehmen. Von den Vereinen erwarten wir, dass sie bei Hassbotschaften und üblen Schmähungen unmittelbar einschreiten und die Verant-

wortlichen aus dem Stadion dauerhaft entfernen. Der erhebliche Aufwand, der den Polizeien durch Sportgewalttäter aufgenötigt wird, muss dringend zurückgefahren werden. Aber: Wo so viele Menschen zusammenkommen, um ein Sportereignis zu erleben, wird die jedoch Polizei immer vor Ort sein müssen, um Gefahrenabwehr zu betreiben, also Menschen zu schützen.

DP: Der nächste Bundeskongress steht im November 2026 an. Man könnte meinen, da ist noch viel Zeit, um Dinge zu bewegen.

Kopelke: Wir haben die GdP als relevante Ansprechpartnerin für die Politik, die Presse-öffentlichkeit und für Behörden wie Organi-

sationen innerhalb und außerhalb der Polizei weiter etabliert. Das Vertrauen in unsere GdP steigt, unsere Mitgliederzahl hält sich stabil bei rund 205.000 plus. Natürlich möchten wir in allen Bereichen besser werden. Und ich weiß, dass ich dabei auf alle meine Kolleginnen und Kollegen, egal auf welcher GdP-Ebene, zählen kann. Das sind hervorragende Voraussetzungen, um noch viele Themen im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen anzugehen. Darauf freue ich mich und danke an dieser Stelle auch dem Team des Geschäftsführenden Bundesvorstandes.

DP: Lieber Jochen, danke für das Gespräch.

Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

Ausgezeichnete Expertise in der Mitbestimmung

Sven Hüber ist stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. Ein Gespräch über „Brot-und-Butter“-Themen, den Sonnenaufgang über dem Berg Nebo und das Krebsgeschwür des politischen Populismus.



Sven Hüber

Der Bundespolizist trägt in seinem Geschäftsbereich unter anderem Verantwortung für die Beamtenpolitik, den dazugehörigen Bundesfachausschuss, das Personalvertretungsrecht, das Gremium der Polizeihauptpersonalratsvorsitzenden und die JUNGE GRUPPE (GdP).

Redaktion

DP: Lieber Sven, seit vielen Jahren bist Du ein anerkannter Experte für die Beamtenpolitik sowie das Beamten- und Besoldungsrecht. Manche halten diese Themenfelder für dröge, andere für schlicht undurchschaubar ...

Sven Hüber: Ich gebe zu, die meisten denken bei Beamtenrechtsfragen nicht an sexy,

sondern an schnarch. Aber das ist nicht so. Ob Arbeitszeitfragen, Zulagen, Besoldung, Beförderungsregeln, Beurteilungen, Aufstiegsverfahren, Gesundheitsfürsorge und Beihilfe, Disziplinarrecht, Unfallfürsorge, Auslandsbesoldung und, und, und – alles, was die Rahmenbedingungen der Arbeit der Beamtinnen und Beamten ausmacht, ist hier gebündelt. Das sind die „Brot-und-Butter-Themen“. Wir dürfen für unsere Belange nicht in den Streik treten. Wer hier etwas än-

dern, verbessern will, kann das in unserer Rechtsordnung nur über die Beteiligung der Gewerkschaft durch die Landes- oder Bundesregierung in der Rechtsgestaltung erreichen. Unsere GdP-Stimme aber wird gehört. Wir als GdP sind dabei zähe Verhandler mit langem Atem, aber auch erfolgreich, wenn man sich die Einkommensentwicklung, die schrittweise Rückkehr der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und deren Erhöhungen, Leuchttürme verbesserter Arbeits-

Netzwerker

Im Januar 2024 richtete Hüber den ersten GdP-Mitbestimmungsgipfel aus. Eine Initiative, um über 100 GdP-Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Schwerbehindertenvertreter sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte noch enger mit politischen Entscheidern, wie Innenministerin Nancy Faeser und anderen zu vernetzen.

Experte

Hübers polizeiliches Fachwissen ist im Bundestag gefragt. Der GdP-Vize sprach als Experte in Ausschüssen des Deutschen Bundestages zu den Themen „Klimakleber“, „Beschleunigung von Disziplinarverfahren“ und zur Änderung des StGB zur Bekämpfung von Hass, Hetze und Antisemitismus.

zeitregelungen für Schichtler wie in Schleswig-Holstein anschaut.

DP: Du kannst sehr ungemütlich werden, wenn „mal wieder“ gegen die Beamtenpensionen geschossen und verlangt wird, dass auch Beamtinnen und Beamte in das Rentensystem einzahlen sollen.

Hüber: Da wird vielfach furchtbar viel Unsinn verbreitet. Vor allem in der pressemäßig „Saure-Gurken-Zeit“, wo politisch nichts los ist, kann man die Uhr danach stellen, dass diese Neiddebatte wieder aufgemacht wird. Die GdP hat seit 2018 eine glasklare Beschlusslage dazu: Die hergebrachte Beamtenversorgung ist verfassungsrechtlich geschützter Teil des Berufsbeamtentums und unantastbar. Das Grundgesetz sieht die lebenslange Alimentation der Beamten und ihrer Familien durch die Dienstherrn als Gegenleistung für den persönlichen Einsatz vor, das schließt eine beitragsbasierte Altersversorgung aus. Das ist die klare Haltung von GdP und DGB. Wer das nicht versteht, bekommt es von uns sehr deutlich gesagt.

DP: Die GdP ist in den Personalräten der Polizeien in den Ländern und des Bundes hervorragend vertreten. Was kann die GdP an Mitbestimmung besonders gut?

Hüber: Dass die GdP so stark in den Personalräten ist, beruht auf dem Vertrauen der Beschäftigten, dass eben mit GdP-Personalräten ihre Belange gut, klug, fachkompetent und erfolgreich vertreten werden. „Never change a winning team“ gilt ja auch hier. Durch unseren großen Verbund und die Vernetzung in allen Ländern und dem Bund haben wir ausgezeichnete Expertise in den Mitbestimmungsfeldern. Wir tauschen uns regelmäßig in den Fachausschüssen des Bundesvorstandes aus, bringen die Polizeihauptpersonalräte und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen zusammen, geben nach dem „best practice“-Grundsatz unsere Erfolgsmodelle untereinander weiter. Viele kluge, funktionierende Ideen für alle GdP-Personalräte nutzbar zu machen, das ist eines der Rezepte.

DP: In der letzten DP-Ausgabe hast Du das Thema „Rehabilitation bei zu Unrecht erhobenen Anschuldigungen“ breit bekannt gemacht. Insbesondere geht es um eine Dienstvereinbarung, die diesen Rehabilitationsprozess möglichst bundesweit regeln soll. Der Start ist erfolgt, welche Hoffnungen setzt Du auf die kommende Zeit?

Hüber: Wir als GdP sind für die Menschen da. Das bedeutet auch, sich um die psychische Gesundheit unserer Mitglieder zu kümmern, gerade wenn mal „die Luft brennt“. Ich erwarte, dass unsere bundesweite Initiative von allen dienstlich Verantwortlichen ebenso ernsthaft aufgenommen wird und wir in allen Polizeien über Vereinbarungen mit den Polizeipersonalräten zu Schutzmechanismen kommen, die der psychischen Gesundheit zuträglich sind und die so wichtige Rehabilitation und das Wiederherstellen des Ansehens bewirken.

DP: Wer Dich kennt, weiß von Deiner engen Beziehung zu Israel. Woher stammt diese?

Hüber: Mein leider viel zu früh verstorbener Freund und Kollege Armin Hofschulte machte mich 1997 zum Delegationsleiter einer GdP-Gruppe, die nach Israel reiste und anschließend eine israelische Polizeigruppe in Deutschland betreute. Unterstützt wurde dies durch den damaligen israelischen Polizeiattaché Dan Shiran, dessen Eltern 1936 aus Tübingen in das britische Mandatsgebiet Palästina fliehen mussten. Man kann sich der Faszination des Landes nicht entziehen, das reale Leben ist nicht ansatzweise so, wie es in der deutschen Medienlandschaft dargestellt oder in den sozialen Medien behauptet wird. Ich fand schnell sehr gute jüdische, aber auch arabisch-israelische Freunde. Und ich spürte seit diesem ersten Besuch einen großen Verlust, dass unsere Vorfahren vor über 80 Jahren jüdisches Leben in Deutschland und Europa, dass so viele Jahrhunderte Teil unsere Nationalkultur bereicherte hatte und fester Teil unseres Lebens war, fast vollständig ausgerottet und weggemordet hatten. Erst von da an habe ich mich überhaupt mit jüdischem Leben, Religion, Kultur und auch jüdischer Küche befasst. Seither bin ich immer wieder nach Israel gereist, mit GdP-Gruppen und auch privat zu meinen Freunden.

DP: Welche Erinnerungen hast Du an die Israelreisen?

Hüber: Da ist zum einen die Überwältigung von unzähligen Eindrücken dieses menschlichen, religiösen und geschichtlichen Schmelztiegels. Unvergessen ist die Herzlichkeit unserer israelischen Polizeikollegen, die Besuche bei meiner israelischen Beduinenfamilie, bei den Drusen,



GdP-Vize Sven Hüber mit beratender Stimme beim Zukunftskongress der JUNGE GRUPPE (GdP) Mitte 2023.

in den Synagogen und in Yad Vashem. Das gilt auch für unsere Besuche in den Palästinenergebieten und unseren deutschen Polizeiaufbauprojekten dort. Ich liebe diesen Moment, wenn sich bei meinen Mitreisenden das vorher von Zeitungswissen und Social Media bestimmte Bild über das Land und die Menschen aus eigener Anschauung wandelt. Wir haben als GdP klassische Bildungsreisen, aber auch Outdoor-Reisen mit Bergstiefeln und Zelt angeboten, bei denen du aus dem Zelt trittst und den Sonnenaufgang über dem Berg Nebo in der Wüste erleben kannst. Das macht dich demütig und zugleich innerlich reich.

DP: Seit dem Überfall der palästinensischen Terrororganisation auf Israel vor fast einem Jahr und dem sich daraus entwickelnden Kriegsgeschehen erleben Jüdinnen und Juden Deutschland als Angstraum. Das kann einen Demokraten nicht kaltlassen.

Hüber: Der Angriff der Islamisten und der rassistische Massermord vom 7. Oktober 2023 hat auch Beziehung zu unseren Reisen gehabt. Allein 20 israelische Kolleginnen und Kollegen wurden an diesem Tag in der Polizeistation von Sderot, wo wir als GdP so oft zu Gast waren, massakriert, viele Freunde mit denen wir in der Negev-Wüste unterwegs waren, ermordet. Erschreckend ist dabei, dass nicht nur Rechtsradikale ihren Judenthass verbreiten, was man ja irgendwie erwartet, sondern auch eine beunruhigende Melange aus Linksradiakalen, die hier als richtige Linksfaschisten daherkommen, und islamistisch aufgehetzten Leuten aus der Einwanderercommunity versuchen, ihr Mütchen an unseren jüdischen Mitbürgern zu kühlen und Straftaten begehen. Ich bin, ehrlich gesagt, sehr dankbar und stolz auf unsere Polizeikolleginnen und -kollegen, die bei Demonstrationseinsätzen, Besetzungen, Protestcamps äußerst konsequent gegen jedes Anzeichen von Antisemitismus vorgehen und klarmachen, wer hier Herr im Hause Rechtsstaat ist.

DP: Wie erlebst Du momentan Deutschland, auch mit Blick auf Deine GBV-Zuständigkeit für das Thema Antidiskriminierung?

Hüber: Wir können nur ein freies Land freier Bürger sein und bleiben, wenn jeder Mensch, im Rahmen der geltenden Gesetze, tatsächlich frei leben kann. Ich erlebe unser Land hier zwischen zwei Polen. Einerseits ist das Bewusstsein, die Sensibilität gegenüber der Diskriminierung von einzelnen Menschen und Gruppen heute viel aus-

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Sven Hüber bei einem seiner TV-O-Töne – hier an der Spree in direkter Nähe der GdP-Bundesgeschäftsstelle.



GdP-Vize Sven Hüber und GdP-Chef Jochen Kopelke inmitten der Teilnehmenden beim ersten GdP-Mitbestimmungsgipfel Ende Januar 2024.



geprägter als noch vor ein paar Jahrzehnten. Das spiegelt sich auch in der Rechtsentwicklung und neuen Schutzmöglichkeiten wider. Andererseits ist die offene Bereitschaft zu diskriminierendem Verhalten, auch in der Politik und vor allem im Kontext unseres Landes als Einwanderungsland, wieder im Anwachsen begriffen. Das gesellschaftliche Krebsgeschwür des politischen Populismus frisst sich in unser Gemeinwesen herein, da müssen wir sehr Obacht und auch als GdP laut Widerworte geben.

DP: Lieber Sven, danke für das Gespräch.

Fürsprecher

Hüber machte 2024 die Rehabilitation für zu Unrecht beschuldigte Beamte zu einem Kernthema der GdP (siehe DP 8/24). Deutschlands größte Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte arbeitet seitdem an der nachhaltigen Schaffung wirksamer Rehabilitationsmechanismen zur Wiederherstellung des guten Rufes von betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

Die Kripo ist in der GdP in guten Händen

Alexander Poitz ist stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. Ein Gespräch über ein verstaubtes Schreibtischimage, Alltagshelden und den Ärger über latente Skepsis.



Alexander Poitz

Der Brandenburger trägt in seinem Geschäftsbereich unter anderem Verantwortung für die Kriminalpolitik, Digitalisierung und gewerkschaftliche Werbung.

Redaktion

DP: Lieber Alexander, Du bist im September 2022 neu in den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand gewählt worden. Sind Deine damaligen Erwartungen und Vorstellungen nach zwei Jahren Erfahrung im Amt eingetroffen?

Alexander Poitz: Meine Erwartungen wurden übertroffen. Unsere GdP-Familie beinhaltet Teamgeist, Solidarität, Durchsetzungskraft und Loyalität. In leichten wie in schweren Zeiten. Es fühlt sich absolut großartig an, Teil dieser Familie zu sein. Setzen wir diese Energie fort!

Kripo im Blick

Poitz engagiert sich in seiner bisherigen Amtszeit stark für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen bei der Kriminalpolizei. So initiierte er eine Social-Media-Kampagne und lud im Vorfeld der Brüsseler GdP-Veranstaltung „Politik trifft auf Polizeipraxis“, für eine verbesserte Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen, den Bundesfachausschusses Kriminalpolizei in der europäischen Hauptstadt zu einer Sitzung ein. Kriminalpolizeiliche Arbeit rückte Poitz auch bei der Veranstaltung zum 40-jährigen Bestehen der GdP-Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“ unter dem Titel „Grenzsituationen der Kriminalitätsbekämpfung“ in den Vordergrund.

DP: User der Social-Media-Kanäle des GdP-Bundesvorstandes kennen Deine Person vornehmlich in Verbindung mit kriminalpolizeilichen Themen. Was entgegnet Du Menschen, die behaupten, dass sich die GdP zu wenig um die Beschäftigten in der Kripo kümmert?

Poitz: Als GdP sind wir Teil der Polizeien in Deutschland und organisieren alle polizeilichen Bereiche. Auch die Mehrheit der Beschäftigten der Kriminalpolizei ist GdP-Mitglied. Das muss Gründe haben. Mit unserem Bundesfachausschuss „Kriminalpolizei“, unserer Expertise in den Ausschüssen des Bundestages, der Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“ und vielem mehr zeigen wir deutlich unsere kriminalpolizeiliche Expertise.

DP: Du hast gemeinsam mit dem GdP-Bundesfachausschuss Kripo sicherlich noch eine To-do-Liste auf dem Tisch. Was sind Deine, genauer gesagt Eure wichtigsten Ziele für die kommenden Jahre?

Poitz: Priorität hat, das falsche, verstaubte Schreibtischimage der Kriminalpolizei richtigzustellen. Es geht um die Aufgabenvielfalt, effektive Ermittlungsstrategien, Fachkarrieren und die länderübergreifende sowie internationale Zusammenarbeit. Wichtig ist es, eine nachhaltige Attraktivität einer Verwendung in der Kriminalpolizei zu gewährleisten.

DP: Das Gesetzverfahren zur Legalisierung von Cannabis zu Konsumzwecken hat Dich in Deiner bisherigen Amtszeit stark beschäftigt. Wie fällt Deine persönliche Zwischenbilanz aus?

Poitz: Das Cannabisgesetz sendet Konsumsignale. Die Polizeien bekommen damit zusätzliche Aufgaben. Das führt zu einer Mehrbelastung. Wir haben gefühlt auch mehr festgestellte Sachverhalte im Zusammenhang des Umganges mit Cannabis. Eine konkrete Bewertung ist jedoch erst nach dem Vorliegen valider Daten aussagekräftig. Und mit den im Sommer an den Start gegangenen Anbauvereinen sowie einem neuen THC-Grenzwert wird sich diese Situation verstärken.

DP: In Deinen Zuständigkeitsbereich fallen unter anderem auch die Themen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Gegenüber der Presse hast Du öfter Position zur zunehmenden Cyberkriminalität bezogen. Was rollt da noch neben den bekannten Straftaten auf uns zu?

Poitz: Fälle des Cybercrime nehmen zu, Wirtschaftskriminalität verlagert sich ins Digitale. Kritische Infrastrukturen, Behörden und weitere Ziele werden durch Cyberangriffe lahmgelegt. Im sogenannten Darknet werden mittlerweile Jobs vermittelt, etwa die Anmietung von Wohnungen oder der Kauf von Mobiltelefonen, die die Logistik für eine dann folgende Kette an kriminellen Handlungen organisieren. Wir brauchen die rechtliche Befugnis zur Abwehr schwerwiegender Cybergefahren, modernste Technik, umfassende Schulungen und mehr Personal. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Polizei mit den Tätern Schritt halten kann und so unsere Gesellschaft vor immensen Schaden bewahrt.

DP: Du hast die GdP bei vier Ausschussanhörungen im Deutschen Bundestag

vertreten: zum Cannabis-Konsumgesetz, zu Mindeststrafen für Kinderpornografie-Delikte, zur Telekommunikationsüberwachung bei Wohnungseinbruchsdiebstahl und zum Polizeibeauftragengesetz. Viel näher kommt man an die politischen Entscheider kaum heran. Wie bereitest Du Dich vor, um die Politik zu erreichen?

Poitz: Diesen Anhörungen geht immer eine ausführliche inhaltliche Befassung der Gesetzesentwürfe durch unsere GdP-Bundesgeschäftsstelle und -Gremien voran. Vielen Dank für diese professionelle Unterstützung. Das Ergebnis sind Stellungnahmen für den parlamentarischen Raum. Daraus folgt eine klare Ansprache, denn, wie man in „Der kleine Prinz“ von Antoine de Saint-Exupéry lesen kann, ist die Sprache die Quelle aller Missverständnisse. Anhand unserer GdP-Expertise und guter Rhetorik gilt es, die Bundestagsabgeordneten in den Ausschüssen zu überzeugen. Mein persönlicher Schwerpunkt liegt dabei auf einem guten, einnehmenden Eingangsstatement mit Sachargumenten und einprägenden Zitaten. Königsdisziplin ist natürlich die anschließende Fragerunde, auf die man sich natürlich nur bedingt vorbereiten kann.

DP: Auf einer Skala von 0 bis 10: Wie groß ist Dein Verständnis dafür, dass die Polizei noch immer nicht auf gespeicherte IP-Adressen zugreifen kann?

Poitz: Dafür habe ich absolut kein Verständnis. Also 0. Unsere Kolleginnen und Kollegen machen tagtäglich einen guten, professionellen Job. Jedoch fehlen ihnen teilweise Ermittlungsbefugnisse sowie -instrumente. Der Europäische Gerichtshof hatte September 2022 ein grundlegendes Urteil zu diesem Thema gefällt. Zum Schutz der nationalen Sicherheit, zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und zur Verhütung schwerer Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit ist für einen begrenzten Zeitraum eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung

von IP-Adressen mit EU-Recht vereinbar. Leider hat es die jetzige Bundesregierung nicht geschafft, diese notwendige Datenbasis praxistauglich für unsere Ermittlungen – damit meine ich nicht „Quick Freeze“ – gesetzlich zu regeln.

DP: Nicht selten wird mit eher sachfremden Argumenten gegen erweiterte Polizeibefugnisse politische Stimmung gemacht. Worüber ärgerst Du Dich am meisten?

Poitz: Über die latente Skepsis der politisch Verantwortlichen gegenüber der Polizei. Die Kriminalitätswelt hat sich in den letzten Jahren rasant und sehr dynamisch entwickelt. Neue Deliktsfelder, neue Tatbegehungsweisen, professionelle, heterogene, internationale Täterstrukturen. Ungünstigerweise haben diese Fortentwicklungen keinen Niederschlag in unseren gesetzlichen Grundlagen erfahren. Vor allem im präventiven Bereich müssen die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt werden, mit kriminellen Strukturen Schritt halten zu können. Insbesondere der Datenschutz und Kontrollinstanzen haben die Anwendung polizeilicher Maßnahmen verkompliziert.

DP: Für manche kann der Datenschutz gar nicht weit genug gehen, andere halten ihn für stark überdosiert. An welcher Stelle stehst Du?

Poitz: Wünschenswert wäre ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Datenschutz und Exekutivmaßnahmen. Wenn aus Datenschutz Misstrauen erwächst und indirekter Täterschutz wird, kann das nicht richtig sein. Die Arbeit der Polizei genießt in Deutschland ein sehr hohes Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Anhand von Einzelfällen eine Bewertung dieser Arbeit zu tätigen, halte ich für falsch.

DP: Letzte Frage, Du bist auch mit den Themen Werbung und Mitgliederbin-

Starke Stimme gegen Mängel im Cannabis-Gesetz

Im Rahmen der Cannabis-Legalisierung war und ist Poitz eine gefragte Stimme in Medien und Politik. Der Brandenburger begleitete mit seiner Expertise den Gesetzgebungsprozess für die GdP von Anfang an. Er trat als Experte im Gesundheitsausschuss des Bundestages und häufiger O-Tongeber in den Medien auf.

Gesetze besser machen

Anpassung des Gesetzesentwurfes zur Bekämpfung von Kinderpornografie: Im April 2024 stellte Poitz als geladener Sachverständiger im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages die Notwendigkeit einer Anpassung dar. Hintergrund war, dass das Mindeststrafmaß bei Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte herabgestuft wird, die Höchststrafe von zehn Jahren jedoch unverändert blieb. Der GdP-Bundesfachausschuss Kriminalpolizei, den Poitz als GBV-Mitglied begleitet, hatte das Problem bereits frühzeitig identifiziert.

ung befasst. Die GdP steht konstant bei über 205.000 Mitgliedern. Was macht uns noch stärker?

Poitz: In unserer GdP sind alle Bereiche und Menschen der Polizei organisiert. Unsere GdP steht für Vielfalt! In unserer GdP werden Kampagnen, Kundgebungen oder Sommerfeste gemeinsam gestaltet. Unsere GdP steht für Gemeinschaft! GdP-Mitglieder im ganzen Bundesgebiet sind in den Medien zu sehen oder zu hören. Unsere GdP steht für Expertise! Unsere GdP ist seriös, wandelbar, innovativ, kämpferisch, zuverlässig... Ich könnte noch lange so weiter machen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen der Polizei, unsere Alltagshelden brauchen auch einen Helden. Als GdP sind wir für sie da! Dieser Anspruch und diese Motivation werden uns auch künftig begleiten und stärken.

DP: Lieber Alexander, danke für das Gespräch.



GdP-Vize Alexander Poitz im Gespräch mit Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen, der in diesem Jahr auch den Vorsitz der Innenministerkonferenz innehat.

Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

Verkehrssicherheitsfragen sind Kernkompetenz der GdP

Michael Mertens ist stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. Ein Gespräch über das Y, Meilensteine und Rettungsringe.



Michael Mertens

Der Nordrhein-Westfale trägt in seinem Geschäftsbereich unter anderem Verantwortung für die Verkehrspolitik, das GdP-Verbindungsbüro Europa-Brüssel und den Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei.

Redaktion

DP: Lieber Michael, besser bist Du in der GdP-Familie unter „Mecky“ bekannt. Woher kommt der Spitzname?

Michael Mertens: Michael war in meinem Geburtsjahr 1963 und in den Jahren davor sowie danach sehr populär. In meinem Kurs im Rahmen der polizeilichen Ausbildung heißen allein vier Mitstreiter Michael. Da die Polizei mit Spitznamen immer schon ausgesprochen kreativ war, „taufte“ man mich Mecky. Allerdings ist dies keine Ableitung von Michael, sondern von der Meckifrisur. Ich habe mich eines Tages nach dem dritten oder vierten Haarappell mit „Anschiss“ von meiner Lockenpracht und für diese Kurzhaarfrisur entschieden. Und ab da hieß ich Mecky. Das Y am Ende habe ich mir als persönliche Note später zugelegt. Heute werde ich im Landtag vom Ministerpräsidenten mit Mecky Mertens begrüßt. Die meisten kennen meinen richtigen Vornamen gar nicht.

Verkehrsexperte

Im Geschäftsführenden Bundesvorstand ist Mertens der GdP-Experte für alle Fragen rund um das Thema Verkehr. Diese Expertise weiß neben der Medienwelt auch der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) zu schätzen, der den Rheinländer im Dezember 2022 wiederholt in den DVR-Vorstand wählte.

DP: Während der Fußball Europameisterschaft hattet ihr in Nordrhein-Westfalen mit Köln, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Dortmund vier Spielorte – nicht zu vergessen: noch einen Parteitag der AfD in Essen. Auf Eurer Internetseite stand: „Das war ein echtes Brett“. Wie dick hat sich das Brett aus Deiner Gewerkschaftersperspektive angefühlt?

Mertens: Brett steht hier sinnbildlich für Belastung, und die war enorm. In über 40 Dienstjahren kann ich mich nicht an eine vergleichbare Situation erinnern. Die EM war gerade in diesen Zeiten mit den weltpolitischen Krisensituationen und der damit verbundenen Gefahr des Terrors für die Polizei eine besondere Herausforderung.

Der AfD-Parteitag in Essen kam dann noch genau im Übergang von den Gruppenspielen zu der K.-o.-Runde obendrauf. Das alles war nur leistbar durch die enorme Einsatzbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen. Sie sind gerade in dieser Phase an ihre Belastungsgrenzen gegangen und nicht selten darüber hinaus. Als Gewerkschafter kann ich da nicht alles gutheißen. Das betrifft vornehmlich Arbeits- und Ruhezeiten. Als Polizist kann ich diesen Einsatzwillen sehr gut nachvollziehen. Ja, da bin ich auch stolz drauf.

DP: In zahlreichen Interviews und Erklärungen hast Du das umfangreiche, detaillierte polizeiliche Sicherheitskonzept zur EURO 2024 in Deutschland als vorbildlich und hochprofessionell bezeichnet. Trotzdem klang ein „Aber“ angesichts möglicher Störungen durch Ultras und Hooligans durch.

Ebenso gab es Bedenken aufgrund von Terrorbedrohungen. In der Bilanz war es ein friedliches Fußballfest mit vergleichsweise wenigen Störungen. War es am Ende doch ein zu viel des Guten?

Mertens: Die starke polizeiliche Präsenz war der Garant für ein friedliches Fußballfest. Sowohl was die Abschreckung von Fußballstraftätern als auch zur Verhinderung von terroristischen Anschlägen. Dass im Nachgang wenig passiert ist, zeigt, dass diese Konzepte aufgegangen sind und das Gute genau richtig war.

DP: Vorhin fiel das Wort „vergleichsweise“. Seit Anfang August laufen die 2. und 3. Liga; die Bundesliga begann am vergangenen Monatsende. Was wünschst Du Dir für die Ligasaison 2024/25?

Mertens: Die Stadien waren während der EM überwiegend frei von Pyrotechnik. Und auch die durch Fußballstraftäter begangenen Gewalttaten waren deutlich weniger als im deutschen Fußballalltag. Das habe ich in vielen persönlichen Gesprächen reflektiert bekommen. „Wäre es im Ligaalltag mal so entspannt, dann hätten wir mehr Personalressourcen für andere wichtige Aufgaben“, so mehrfach die Äußerungen der Einsatzkräfte. Das setzt neue Maßstäbe für den DFB, die DFL und die Fußballvereine. Und sie müssen die Frage beantworten, warum die UEFA das Thema „Sicherheit im und um den Fußball“ besser kann als sie. Ich bin da sehr gespannt!

DP: Ein Schwerpunkt Deiner mittlerweile sechsjährigen Amtszeit als stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender

liegt auf der Verkehrspolitik und der Verkehrssicherheit. Der letzte Bundeskongress hat einen neuen Bundesfachausschuss Verkehr beschlossen. Das wurde angesichts der Wichtigkeit des Themas auch Zeit, oder?

Mertens: Ich habe es nie verstanden, warum seinerzeit der Bundesfachausschuss Verkehr überhaupt abgeschafft wurde. Verkehrssicherheit ist eine Kernaufgabe der Polizei. Verkehrssicherheitsfragen sind eine Kernkompetenz der GdP. Gerade in den Zeiten der Mobilitätswende braucht es ein Gremium, das uns zielgerichtet unterstützt. Seit der Konstituierung des Bundesfachausschusses Verkehr gab es schon zahlreiche Gelegenheiten, in denen wir auf die fachliche Kompetenz der Mitglieder zurückgreifen konnten. Informationen von der Praxis direkt in die gewerkschaftliche Arbeit. Dafür steht GdP!

DP: Die Vision Zero liegt Dir sehr am Herzen. Was ist nötig, um bei diesem Thema schneller voranzukommen?

Mertens: Es braucht an allererster Stelle ein klares politisches Bekenntnis zur Vision Zero. Diese sollte zudem gesetzlich verpflichtend sein. Damit wäre die Vision Zero bei jeder politischen Entscheidung zwingend mitzudenken. Ein echtes politisches Statement! Aus politischen Sonntagsreden würde ein gesetzlicher Auftrag und damit ein echter Meilenstein für die Verkehrssicherheit.

Aktuell ist das die klare Forderung der GdP, die wir bei jeder Gelegenheit platzieren werden.

DP: Wie sieht es denn mit einem bundesweiten Tempolimit auf Autobahnen aus? Als Chef der GdP NRW sprichst Du Dich seit Längerem für eine solche Maßnahme aus?

Mertens: Wer sich zur Vision Zero bekennt, wer das Sterben auf Deutschlands Autobahnen verringern will, der kommt an einem Tempolimit nicht vorbei. Selbst wenn überhöhte Geschwindigkeit nicht für den Verkehrsunfall ursächlich war, so ist sie ganz entscheidend für die Unfallfolgen. Außerdem ist die Autobahn auch Arbeitsplatz unserer Kolleginnen und Kollegen. Daher sprechen wir uns für die Umkehrung der Richtgeschwindigkeit von 130 km/h in eine Höchstgeschwindigkeit aus. Weder als Polizist noch als GdP-Vertreter kann ich mit gutem Gewissen in einem Interview sagen, dass es auf ein paar mehr oder weniger Tote im Straßenverkehr nicht ankommt.

DP: Wie wird der nach der Legalisierung von Cannabis zu Konsumzwecken erhöh-

EM-Kapitän

Als GdP-EM-Kapitän zur EURO 2024 war Michael Mertens oberster Ansprechpartner für alle beteiligten Landesbezirke und Bezirke. Bis heute großen Anklang findet der unter seiner Führung entworfene GdP-Patch für die Kräfte im EM-Einsatz. Gemeinsam mit dem GdP-Bundsvorsitzenden Jochen Kopelke ist Mertens auch ein gefragter Presse-Ansprechpartner für Themen rund um die Sicherheit im Fußballgeschehen.

Wasserschutz

Als zuständiges GBV-Mitglied leitet Mertens den Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei. Im Zuge dessen sucht er den politischen Austausch mit Blick auf die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen zu Wasser, wie mit dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU, Thomas Bareiß, zu Fragen rund um die Wasserschutzpolizei.

te THC-Grenzwert auf die Vision Zero Einfluss nehmen?

Mertens: Vorab, egal, wie ich zur Legalisierung von Cannabis stehe, es ist für mich bis heute unverständlich, dass die damit verbundenen Fragen nicht im Vorfeld geklärt wurden. Cannabis ist seit dem 1. April legal, der Konsum gesellschaftlich legitimiert, und es ist keine mutige Prognose, dass der Konsum und die Zahl der Konsumenten steigen werden. In der Folge wird auch der Anteil derer größer, die unter Cannabiseinfluss am Straßenverkehr teilnehmen. Welche Auswirkungen der mittlerweile festgelegte Grenzwert von 3,5 Nanogramm THC je Milliliter Blut für Kfz-Führer auf die Verkehrssicherheit hat,

GdP in Europa: GdP-Vize Michael Mertens dankte dem im Frühjahr 2024 in den Ruhestand tretenden langjährigen Leiter der Hessischen Landesvertretung in Europas Hauptstadt, Friedrich von Heusinger für seine uneingeschränkte und engagierte Unterstützung der Europaaktivitäten der GdP in Brüssel mit einem GdP-Buddy-Bären.



Hessische Landesvertretung/Eric Berghien

wird die Zukunft zeigen. Wichtig ist, dass es Erhebungen geben wird, mit denen genau zu dieser Frage eine Bewertung erfolgen kann. Während beispielsweise bei der Beförderung von Schulkindern und dem Transport von Gefahrgut eine 0,0-Promille-Grenze gilt, hat Politik beim Cannabis darauf verzichtet. Gleiches gilt für Radfahrende. Hier gibt es ebenfalls keinen Grenzwert, ab wann die absolute Fahruntüchtigkeit beginnt. Das halte ich für ein politisches Versagen.

DP: Europa hat für die GdP eine große Bedeutung. Betraut bist Du mit dem GdP-Verbindungsbüro in Brüssel. Wie passen GdP und die EU zusammen?

Mertens: Viele Sicherheitsfragen können nur in und mit Europa geklärt und geregelt werden. Gleichzeitig bekennen wir uns als GdP für ein gemeinsames Europa. Unser GdP-Stern passt sinnbildlich optimal zu den zwölf Sternen auf der europäischen Flagge. In Brüssel ein GdP-Büro. Und damit eine feste Anlaufstelle zu haben, ist Anker und Treffpunkt europäischer Netzwerkarbeit.

DP: In Deinen Aufgabenbereich fällt auch die nicht selten in der Bugwelle anderer Polizeibereiche mitschwimmende Wasserschutzpolizei.

Mertens: Die Arbeit der Wasserschutzpolizei verdient deutlich mehr Beachtung und Aufmerksamkeit. Viele wissen gar nicht, welches umfangreiche Fachwissen unsere Kolleginnen und Kollegen auf dem Wasser für ihre teils sehr komplexen Tätigkeiten benötigen. Ich bin sehr froh, dass ich bei diesen Themen von meinem Bundesfachausschuss immer sofort den gut aufgeblasenen Rettungsring zugeworfen bekomme. Sonst würde ich schnell untergehen (lacht). Durch meine BFA-Kolleginnen und -Kollegen habe ich tatsächlich noch viel gelernt, und wir wollen noch einiges bewegen.

DP: Lieber Mecky, vielen Dank für das Gespräch.

Titel

RÜCKBLICK

Für die Sache hart kämpfen und nie den Humor verlieren

René Klemmer war bis zum Frühjahr 2024 stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. Ein Rückspiegel-Gespräch über eine besondere Herzensangelegenheit, mehr Streikbereitschaft und das Abschneiden alter Zöpfe.



GdP/May/Heescheimann

René Klemmer

René Klemmer amtierte bis zum Frühjahr 2024 als stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. In seinem Geschäftsbereich trug er Verantwortung für die Tarifpolitik, die GdP-Bundestarifkommission sowie sozialpolitische Themen. Nach der Wahl zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Polizei Rheinland-Pfalz legte er sein Bundesamt nieder.

Redaktion

DP: Was nimmst Du aus Deiner Amtszeit an Erfahrungen mit?

René Klemmer: Ich konnte durch das Amt viele großartige und interessante Menschen kennenlernen und durfte feststellen, dass die GdP eine angesehene Ansprechpartnerin auf der politischen Bühne ist. Wir haben viele äußerst engagierte Funktionäre in unseren Reihen, die diese GdP leben und für die Themen brennen. Es hat einen Riesenspaß gemacht, mit diesen Menschen unsere Gewerkschaft weiterzuentwickeln.

DP: Über welche Entwicklung bist Du im (GdP-)Tarifbereich froh, welche macht Dir Sorgen?

Klemmer: Wir konnten den Tarifbereich innerhalb der GdP wieder mehr in den Fokus rücken. Durch die Einführung der Tarifbotschafterinnen und -botschafter ist es uns gelungen, wichtige Themen direkt an der Basis zu platzieren und von dort auch Informationen zu bekommen. Das sorgt für Transparenz. Ganz besonders freut mich, dass wir auch viele Beamtinnen und Beamten für diese Funktion gewinnen konnten. Die Tarifbotschafterinnen und -botschafter waren und bleiben mir eine besondere Herzensangelegenheit. Was mir Sorgenfalten auf die

Stirn treibt, ist die Tatsache, dass seitens der Arbeitgeber wenig Bereitschaft spürbar ist, diesen Tarifvertrag zu modernisieren und auf neue Füße zu stellen. Wir müssen uns dieser schnelllebigen Zeit besser anpassen, sonst haben wir bei den Fachkräften auch in der Zukunft immer das Nachsehen.

DP: Tarifverhandlungen enden mit Kompromissen. Nicht jeder Beschäftigte ist damit zufrieden. Wie bist Du damit umgegangen, auch viel Unzufriedenheit spüren zu müssen?

Klemmer: Das war nicht immer einfach und hat mich, da lasse ich jetzt tief blicken, auch oft beschäftigt. Mir ist völlig bewusst, dass wir es nicht jedem recht machen können und der Verlauf von Tarifverhandlungen für Außenstehende schwer nachvollziehbar ist. Wenn du aber überzeugt bist, dass du in Gesprächen und stundenlangen Verhandlungen alles gegeben hast und einfach nicht mehr drin war, dann ist es bitter, wenn das nur wenig anerkannt wird. Ich war immer bereit, über Ergebnisse zu diskutieren und mit den Mitgliedern ins Gespräch zu kommen; das gehörte für mich absolut zu dieser Rolle. Bei persönlichen Beleidigungen und Beschimpfungen, auch per WhatsApp-Sprachnachricht, hört dann aber der Spaß auf und muss auch erst einmal verdaut werden.

DP: Du hast die Funktion der Tarifbotschafter aus der Taufe gehoben, eine gute Entscheidung?

Klemmer: Ja, kein Zweifel. Wir brauchen auch künftig diese Funktion, um mit der

Tarifexperte

Im Team mit den DGB-öD-Gewerkschaften erstritt Klemmer in der Tarifrunde der Länder im Dezember 2023 für die Tarifbeschäftigten der Polizei 3.000 Euro Inflationsausgleich und eine tabellenwirksame Entgelterhöhung in Form eines Sockelbetrages von 200 Euro und 5,5 Prozent linear, bei einer Laufzeit von 25 Monaten, sowie die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für den Beamtenbereich.

Im Tarifstreit mit Bund und VKA verhandelte Klemmer in der vierten Verhandlungsrunde 2024 an einem Inflationsausgleich von 3.000 Euro, die tabellenwirksame Lohnsteigerung in Form eines Sockelbetrages von 200 Euro und anschließenden 5,5 Prozent, die Erhöhung tariflicher Zulagen um 11,5 Prozent sowie die wirkungsgleiche Übernahme auf den Beamtenbereich bei einer Laufzeit von zwei Jahren mit.

Basis in Kontakt zu bleiben, was den Tarifbereich betrifft.

DP: Wie bewertest Du die Streikbereitschaft in den Reihen der Tarifbeschäftigten der Polizei?

Klemmer: Wir haben hier in den letzten Jahren einen Zuwachs feststellen dürfen, der von Jahr zu Jahr größer wurde. Auf diesem Niveau müssen wir uns weiter bewegen und noch zulegen. Es könnte immer besser sein, weil es uns auf der Verhandlerseite gute Argumente liefert. Ich bin grundsätzlich Optimist und hoffe, dass künftig noch mehr Tarifbeschäftigte erkennen, wie viel Macht sie in der Hand halten und wie stark wir dadurch werden. Ich bin auf jeden Fall dabei.

DP: Eine wichtige GdP-Forderung bei Tarifverhandlungen ist die zeit- und inhalts-gleiche Übernahme des Ergebnisses auf den Beamtenbereich. Setzt das den GdP-Verhandler noch zusätzlich unter Druck? Auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger schauen erwartungsvoll auf die Verhandlungen.

Erstes Kennenlernen und thematischer Meinungsaustausch mit dem damals neuen Vorstandsvorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Dr. Andreas Dressel (r.). Der Hamburger Finanzsenator war Mitte Dezember 2022 zum Nachfolger von Reinhold Hilbers (ehemaliger niedersächsischer Finanzminister) gewählt worden. Auf dem Bild: René Klemmer (l.) und der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke.

Klemmer: In dieser Funktion muss klar sein, dass das, was wir fordern, auch immer übertragen werden muss. Das vereinfacht sicherlich die Verhandlungen nicht, denn man muss alle Eventualitäten im Hinterkopf haben, aber es ist indiskutabel. Unser Einfluss hierauf ist während den Verhandlungen auch nur bedingt möglich, da die endgültige Entscheidung, zumindest im Länderbereich, dann immer bei den jeweiligen Bundesländern liegt.



DP: Ist es schwieriger, für die Beschäftigten der Länder zu verhandeln als die der in Bund und Kommunen?

Klemmer: Beide Verhandlungen wurden in den letzten Jahren immer schwieriger. Die angespannte Haushaltslage ist spürbar bis in die letzte Haarspitze und erleichtert uns einen gemeinsamen Weg nicht. Wir streiten um Tatsachen, die auch den Arbeitgebern bewusst sind, aber die Ausreden, etwas nicht zu tun, werden da immer abenteuer-

ANZEIGE



 **PDV GmbH**
Ein Unternehmen der PDV.group

**Digitale
Transformation
in der Polizei –
Jetzt geht's
richtig los!**

**PDV-Anwenderforum
16. & 17. Oktober 2024**

www.pdv-anwenderforum.de

Schlaumacher

Tarifrecht ist komplex, Tarifverhandlungen sind für Außenstehende oft undurchsichtig. Was macht die Bundestarifkommission? Wie kommt ein Tarifiergebnis zustande? Und welche Rolle spielt die Meinung der Basis bei den Verhandlungen?

In der Serie #klemmererklärttarif klärte der Rheinland-Pfälzer Irrtümer auf und stellte sich den Fragen der Mitglieder.

licher. Da ist die Trennung nicht unbedingt hilfreich.

DP: Gut wäre es also, dass die Tarifverhandlungen zusammengeführt werden?

Klemmer: Ja! Ein öffentlicher Dienst, eine Lohnstruktur, einheitliche Eingruppierungen und keine Konkurrenz untereinander. Wir wären so auch als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer stärker bei Warnstreiks und könnten mehr erreichen. Das ist nicht im

Interesse der Arbeitgeber, völlig klar, aber es hätte mehr Charme für den öffentlichen Dienst, und die Vorteile liegen auf der Hand.

DP: Manche sagen, die Verhandlungsparteien treffen sich ein paar Mal, aber spannend wird es erst in der letzten Runde. Dann kann man den Rest doch weglassen.

Klemmer: Ich bin und bleibe ein Freund davon, alte Zöpfe abzuschneiden und schneller zu einer Lösung zu kommen. Das beste Beispiel ist die letzte Tarifrunde der Länder. Von Anfang an wussten beide Seiten, dass der TVöD-Abschluss unser Minimum ist. Man hat trotzdem in ewigen Verhandlungsrunden gestritten, diskutiert und verhandelt. Am Ende kam genau dieser Abschluss raus. Viel Zeit, Nerven und auch Geld hätte gespart werden können. Da müssen wir besser werden und weg von alten Traditionen.

DP: Welchen Tipp möchtest Du Deiner Nachfolgerin oder Deinem Nachfolger mitgeben?

Klemmer: Den Menschen im Blick haben, für die Sache kämpfen und hart bleiben, da-

bei nie den Humor verlieren und auch einfach mal lächeln. Werte waren für mich nie verhandelbar und stehen fest. Wer das beherrzt, wird einen guten Job machen.

DP: Vielen Dank, René, alles Gute für Dein Personalratsamt.

Netzwerker

Zusammen zahlt sich aus! In Anlehnung an das Motto der letzten Tarifrunde, rief Klemmer die Initiative der GdP-Tarifbotschafterinnen und Tarifbotschafter ins Leben. Ein bundesweites Netzwerk, das die Tarifbeschäftigten digital und analog vor, während und nach den Verhandlungen über die aktuellen Entwicklungen im Tarifgeschehen informiert.

Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

Allzeit Bereit!

Clemens Murr ist Bundeskassierer der Gewerkschaft der Polizei. Neben dem umfangreichen Aufgabengebiet Finanzen trägt er in seinem Geschäftsbereich Verantwortung für den Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei. Ein Gespräch über das Faible für Zahlen und die stoische Ignoranz der Politik.



Clemens Murr

Der Bayer ist seit 2014 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und übernahm im März 2017 den Posten des Bundesschriftführers. Seit 2018 amtiert er als Bundeskassierer.

Redaktion

DP: Lieber Clemens, Was ist Dir in deinen gut zehn Jahren GdP Bundesvorstand besonders in Erinnerung geblieben?

Clemens Murr: Das erste prägnante Ereignis war die urplötzliche, schwere Erkrankung unseres damaligen Vorsitzenden. Neben dem Schrecken und dem Mitgefühl musste die Arbeit jedoch weitergehen. Und diese erforderte von uns GBV-Mitgliedern

monatelang die teils sehr zeitintensive Übernahme zusätzlicher Aufgaben. In dieser Zeit entwickelten wir einen starken Zusammenhalt. Neu für uns alle war die Erfahrung, wie weltpolitische Ereignisse nicht nur das private, sondern auch das dienstliche und ge-

werkschaftliche Wirken gehörig ins Wanken bringen können. Rückblickend lässt sich resümieren, dass wir gemeinsam die schwierige Zeit der Pandemie und die für Finanzen nicht gerade unerheblichen Auswirkungen des unsäglichen Angriffskrieges auf die Ukraine gut gemeistert haben. Äußerst positiv in Erinnerung geblieben sind mir unsere großen, bundesweiten Kampagnen „Wir brauchen Verstärkung“, „Auch Mensch“ oder „#100 für 100“, bei denen wir gewerkschaftspolitische Brennpunkte sehr öffentlichkeitswirksam darstellen konnten.

DP: Und Dein persönliches Highlight?

Murr: Mein Wahlergebnis auf dem Bundeskongress 2022, als ich mit sensationellen 95 Prozent der Delegiertenstimmen wiederholt zum Bundeskassierer gewählt wurde. Darüber bin ich heute noch sehr dankbar und versuche, diesem riesigen Vertrauen in meinem nicht immer ganz einfachen Amt möglichst gerecht zu werden.

DP: Stichwort Bundeskasse: Welche ist die wichtigste Eigenschaft, die jemand für das Amt des Bundeskassierers mitbringen sollte?

Murr: Zunächst einmal muss man feststellen, dass wir als Polizeibeschäftigte selten über das umfassende Fachrepertoire verfügen, das für ein solches Amt grundsätzlich erforderlich ist. Ohne professionelle externe Unterstützung und vor allem die große Fachkunde unserer hauptamtlichen Geschäftsführer samt Hildener Team wäre die Aus-

GdP-Bundeskassierer Clemens Murr (2.v.l.) traf sich im Februar 2023 zum fachlichen Austausch über die aktuelle Lage und das Einsatzgeschehen der Bereitschaftspolizeien in Bund und Ländern mit dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IBPdL), Andreas Backhoff (r.). Begleitet wurde er von GdP-Vize Alexander Poitz (l.).



übung dieses Ehrenamts so nicht möglich. Sehr hilfreich ist jedoch ein Faible für viele Zahlen und ein generelles Gespür für das Finanzwesen. Begriffe wie Aktiva, Passiva oder Rechnungsabgrenzungsposten sind für mich jedoch keine Fremdwörter mehr. Wichtig ist mir, unsere GdP in eine sichere und weiterhin erfolgreiche Zukunft zu führen, ohne die notwendigen finanziellen Spielräume in ebendieser Zukunft zu gefährden. Zu guter Letzt sollte man die Bereitschaft besitzen, ein gehöriges Maß an eigener Freizeit, nach Feierabend oder auch am Wochenenden, für diese Aufgabe einzusetzen.

DP: Was kannst Du der Leserschaft über die erfolgreiche und enge Zusammenarbeit mit der Dortmunder Signal Iduna und zur Polizeiversicherungs-AG erzählen.

Murr: Ich halte die Kooperation mit der Signal Iduna und unsere gemeinsame Tochter PVAG für eine Erfolgsgeschichte. Es hat sich im Laufe der Jahre ein engmaschiges Netz zwischen beiden Partnern auf Kreisgruppenebene bis hin zum Bundesvorstand entwickelt. Gerade die Außendienstmitarbeiter der Versicherung kennen durch diesen ständigen Austausch den Polizeiberuf und die damit verbundenen speziellen Eigenheiten ziemlich gut. Davon profitieren die bei uns organisierten Kolleginnen und Kollegen nachhaltig. Die GdP und die PVAG bieten maßgeschneidert das, was die Kollegen im Bedarfsfall benötigen, nämlich den bestmöglichen Schutz bei dienstlichen Tätigkeiten.

ANZEIGE

BRILLE WEG & EINSATZBEREIT!



10% Rabatt

auf SMILE Pro Augenlasern & Trifokallinsen
(auch für alle Ehepartner, Eltern und Kinder)



Kostenlose Beratung:

0800 1711 1711

brilleweg.de/gdp

Nie wieder Brille. Nie wieder Lesebrille.

EuroEyes

Experte Bereitschaftspolizei

Murr, selbst Bereitschaftspolizist, ist erster GdP-Ansprechpartner für den Themenkomplex Bereitschaftspolizei. Er erörtert regelmäßig mit dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Andreas Backhoff, die aktuelle Lage und das Einsatzgeschehen. Gemeinsam mit dem Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei bringt er gewerkschaftliche Forderungen im Kontext der Geschlossenen Einheiten in die Medienöffentlichkeit.

DP: Die Kolleginnen und Kollegen der geschlossenen Einheiten liegen Dir sehr am Herzen. Was macht die BePo so speziell für Dich?

Murr: Unsere Bereitschaftspolizeien sind die einzigen Verbände, die ad hoc jederzeit in dieser Republik in der Lage sind, vornehmlich größere polizeiliche Lagen jedweder Art erfolgreich zu bewerkstelligen. Die Flut im Ahrtal, der G7-Gipfel in Ellmau, Lützerath, Hamburgs Rote Flora, der 1. Mai, Wacken oder die Euro 2024. Demonstrationen von Garmisch bis Flensburg, von Montag bis Sonntag: Die operativen Einheiten der BePo sind stets dabei. Die Bereitschaftspolizei ist ein unabdingbarer und wesentlicher Faktor in der Sicherheitsarchitektur dieser Republik; wir fungieren bisweilen quasi als Feuerwehr unter den Polizeien und das sehr effizient und erfolgreich. Nicht nur das, in unseren Verbänden werden regional beispielsweise auch Wasserschutzpolizeien, Fliegerstaffeln, Hundeschulen, die Ausbildung zum Polizeiberuf sowie dienstliche Fortbildung verortet; das macht sie ebenso einzigartig.

DP: Mit Blick darauf ist die chronische Unterfinanzierung im Etat des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder, ein Unding ...

Murr: Ich bin maßlos enttäuscht über die andauernde stoische Ignoranz der politischen Entscheidungsträger, den Inspekteur endlich mit einer finanziellen Grundlage zu versehen, die es ihm ermöglicht, „seine“ Bereitschaftspolizeien im erforderlichen Maße auszustatten. Als ich vor knapp 10 Jahren die Begleitung für den Bundesfachausschuss übernommen habe, klappte nach unseren Erhebungen bereits eine Finanzlücke von knapp 100 Millionen Euro. Heute ist es in etwa das Doppelte. Somit fehlen nach

unseren Berechnungen knapp 200 Millionen Euro.

DP: Wohin müssten die Gelder fließen?

Murr: Ein Beispiel gefällig? Die Erneuerung unserer Flotte von gepanzerten Spezialfahrzeugen ist seit gut einem Jahrzehnt überfällig und geplant. Ausgeliefert wurde bis dato noch kein einziges reguläres Fahrzeug. Basierend von einem Grundpreis von einst etwa 800.000 Euro befinden wir uns nun in einer Preisklasse um die 1,5 Millionen Euro. Wir sprechen nur an dieser Stelle von einem Investitionsstau in Höhe von über 60 Millionen Euro. Und die Liste der BePo-Bedürfnisse ist lang. Eine deutliche und dauerhafte Aufstockung des Etats des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder ist längst überfällig!

DP: Welche sind aus Deiner Sicht die Top-3-Punkte auf der Prioritätenliste zur flächendeckenden Stärkung der Bereitschaftspolizeien?

Murr: Der Polizeiberuf ist ein Garant für Bestnoten beim Ansehen und mit riesigem Vertrauen in die Polizei auch stets unter den Top-Berufen. Sorgen bereitet uns mittlerweile jedoch die Personalentwicklung bei der Polizei insgesamt. Und fehlt Personal bei der Polizei, wirkt das in der Folge auf die Bereitschaftspolizei. Zweitens müssen wir uns intensiv darum bemühen, die Arbeitsplätze bei der Bereitschaftspolizei attraktiv zu gestalten. 16 oder mehr Einsatzstunden am Stück bei widrigsten Witterungsbedingungen wie etwa in Lützerath sind nicht attraktiv, ebenso, wenn man um sein eigentlich garantiertes, freies monatliches „Betonwochenende“ erst verhandeln muss. Das sollte selbstverständlich sein! Einen schon langen Kampf führen wir

als Gewerkschaft um die 1:1 Stundenschreibung. Wir sagen unmissverständlich: Freizeit ist nur dann Freizeit, wenn ich selbst bestimmen kann, wo und mit wem ich diese Zeit auch verbringe. Mehrere Tage beispielsweise im länderübergreifenden Einsatz erfüllt dieses Kriterium keinesfalls. Die 1:1 Stundenschreibung, das wäre ein ultimatives Attraktivitätsmerkmal für unsere Bereitschaftspolizeien! Und dann natürlich die Ausstattung: In seiner Zeitenwendenrede hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 festgestellt, dass unsere Bundeswehr jahrelang völlig mangelbewirtschaftet wurde. Wir kämpfen dafür, dass sich dies bei den Bereitschaftspolizeien in dieser Republik nicht ansatzweise so wiederholt.

DP: Welche Pläne hat der von Dir begleitete Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei?

Murr: Konkret gehen wir in Kürze in die Detailplanung eines weiteren Symposiums „Bereitschaftspolizei“ idealerweise im nächsten Jahr, bei dem wir neben Fachreferaten auch die Diskussion mit politisch Verantwortlichen des Innen- und/oder Finanzausschusses des Deutschen Bundestages suchen wollen. „Bereitschaftspolizei“, das hat sich unumstritten zu einem echten Qualitätsbegriff entwickelt. Das Bestreben und Handeln des Bundesfachausschusses, wie auch unserer gesamten GdP, wird weiterhin darauf gerichtet sein, diese Qualität auf Dauer zu sichern und fortzuschreiben. Dafür stehe ich mit voller Leidenschaft und meiner nahezu 40-jährigen Zugehörigkeit zu diesem besonderen Verband ein.

DP: Lieber Clemens, vielen Dank für das Gespräch.



GdP/Christian Lietzmann

Anfang März 2023 stellte GdP-Bundeskassierer Clemens Murr auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin bei einem Bereitschaftspolizeischwerpunkt die Positionen der Gewerkschaft der Polizei dar.

Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

Man kann nur etwas mitgestalten, wenn man es auch lebt

Hagen Husgen ist GdP-Bundesschriftführer. Ein Gespräch über angeeignete Techniken, den Arbeitsplatz schlechthin und ein wenig Lebenserfahrung.



Hagen Husgen

Der Sachse trägt neben dem wichtigen Amt des Bundesschriftführers in seinem Geschäftsbereich unter anderem Verantwortung für die Digitalisierung, die Seniorenpolitik und die Bundesfachausschüsse Schutzpolizei sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Redaktion

DP: Lieber Hagen, Welche Methode hast Du als Schriftführer entwickelt, die oft vielschichtigen Debatten auf Papier beziehungsweise digitales Papier zu bannen?

Hagen Husgen: Es ist manchmal gar nicht so einfach und verlangt eine Menge Konzentration, gleichzeitig zuzuhören, mitzudiskutieren und das Wesentliche für die Nachwelt festzuhalten. Übung macht den Meister! Ich denke, dass ich durch eine mir angeeignete Technik einer später von mir zu überarbeitenden Kurzschrift à la Husgen meinem Anspruch gerecht werden kann, die Themen und Gremienentscheidungen den Leserinnen und Lesern der Protokolle letztendlich

nachvollziehbar zu machen. Egal, ob analog oder digital.

DP: Die Digitalisierung ist eines Deiner Schwerpunktthemen. Wie digital muss man selbst unterwegs sein, um ein solch komplexes Feld beackern zu können?

Husgen: Man kann nur etwas mitgestalten, wenn man es auch lebt und die Funktionalität am eigenen Leib spürt. Smartphone, Notebook und Tablet begleiten mich 24 Stunden am Tag – auch wenn es manchmal nicht gesund ist. Außerdem stehe ich mit dem Schwerpunkt Digitalisierung ja nicht allein da. Riesige Unterstützung erfahre ich dabei durch Alexander Poitz, den Bundesfachausschuss und nicht zuletzt auch durch die Bundesgeschäftsstelle. Auch die GdP-App ist ein Gemeinschaftswerk, und wir sind ei-

nen Schritt weitergekommen. Sie ist moderner, zeitgemäßer geworden – aber es bleibt viel zu tun. Daran arbeiten wir und sind über Hinweise sehr dankbar.

DP: Im Juni 2022 ist das Positionspapier „Digitalisierung in der Polizei“ erschienen. Darin sind unter Deiner Beteiligung Ansprüche und Anforderungen, insbesondere an das große Digitalprojekt „Programm Polizei 20/20“, gestellt und erhoben worden. Wie bewertest Du aus gewerkschaftlicher Sicht den aktuellen Stand?

Husgen: Als GdP können wir mit dem aktuellen Stand nicht zufrieden sein. Schon allein die Bezeichnung „Programm Polizei 20/20“ sagt mit dem Blick auf den Kalender hinsichtlich des Tempos der Digitalisierungsumset-

ANZEIGE



Hänsch®

FEIERN SIE MIT UNS!



SEPTEMBER 2024

SEIT 1984 STEHEN WIR FÜR Innovation // High-Tech // Know-How // Präzision



Gesundheitsschützer

Die Anforderungen und damit auch die Arbeitsbelastungen für Menschen in der Polizei steigen stetig. Infolge dieser Entwicklung wurde nach einem Beschluss des Bundeskongress 2022 jüngst der Bundesfachausschuss (BFA) Arbeitsschutz/Gesundheitsschutz eingerichtet. Als zuständiges GBV-Mitglied erarbeitet Husgen mit seinem Expertenteam praktische und nachhaltige Lösungen zur Entlastung und Gesunderhaltung Polizeibeschäftigter.

Brückenbauer

In seiner Zuständigkeit für GdP-Seniorpolitik initiierte Husgen ein bundesweites Vernetzungstreffen. Dessen Ziel ist es, die besten Seminare „In Vorbereitung auf den Ruhestand“ zu entwickeln und umzusetzen. Das ist für Husgen wichtig, denn: „Nur weil der aktive Dienst endet, bedeutet das nicht automatisch das Ausscheiden aus unserer GdP- und Polizeifamilie. Die GdP ist eine große, lebendige Gemeinschaft, die sich auch für ihre im Ruhestand befindlichen Mitglieder und deren Anliegen engagiert.“

zung alles. Solange die bestehenden Unstimmigkeiten und das Konkurrenzdenken unter den einzelnen Ländern nicht ausgeräumt werden, sehe ich nur mit großer Sehhilfe ein Lichtlein am Ende des Tunnels. Unsere Forderungen im Positionspapier sind mit Experten abgestimmt und gut, doch es muss der ernste Wille zur Umsetzung bei allen bestehen. Da habe ich so meine Bedenken. Die GdP ist und bleibt in diesem Punkt ein kompetenter Ansprechpartner.

DP: Bedeutungsvoll ist es, bei massiven Umwälzungen wie der digitalen Transformation die Menschen mitzunehmen. Die GdP sieht sich berechtigterweise dafür zuständig, oder?

Husgen: Selbstverständlich, dafür sind wir da. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz – der Alltag ist so schnelllebig – man kommt kaum hinterher. Deshalb ist Aufklärung so enorm wichtig. Aufklärung bezüglich der positiven Seiten der Transformation, aber auch über die Schattenseiten. Die neue Welt kann uns vieles erleichtern, aber

sie kann auch dazu führen, dass eine starke Überlastung eintritt und nicht mehr zwischen Freizeit und Dienstzeit unterschieden wird. Auch der Missbrauch und der Datenschutz sind Themen, die kommuniziert werden müssen – und zwar mit allen Beschäftigten, egal welcher Generation sie angehören. Dazu gehören Schulungsangebote, persönliche Unterstützungen und vor allem keine Überfrachtung mit Neuem.

DP: Das unter Deinem Siegel erschiene Positionspapier „Gute flexible Arbeit bei der Polizei“ hat zusätzlich auf einen aus GdP-Sicht richtigen Weg verwiesen. Hat die Polizei das flexible Arbeiten schon verinnerlicht?

Husgen: Ich habe schon den Eindruck, dass auch dieses Positionspapier neben anderen Entwicklungen in der Gesellschaft dazu beigetragen hat, modernere Arbeitsmethoden auszuprobieren und zu installieren. Es geht auch nicht anders, auch mit Blick auf die Arbeitskräftesituation. Die vergangenen Jahre zeigten uns, dass auch flexible Arbeit in der Polizei möglich ist, ohne dass die Qualität darunter leidet. Flexible Arbeitszeiten – wohl dosiert und gut durchdacht und gemacht – das ist die Zukunft.

DP: Für den Geschäftsführenden Bundesvorstand begleitest Du den Fachausschuss Schutzpolizei. Wie weit ist die Digitalisierung bei Euch thematisch schon vorgedrungen?

Husgen: Digitalisierung macht nicht im Büro halt, in welchem vorrangig an Compu-

tern gearbeitet wird und auch nicht bei der Kripo, bei der in Richtung Cyberkriminalität recherchiert und ermittelt wird. Digitalisierung erreicht jeden Einzelnen von uns in jeder Organisationseinheit. Deshalb beschäftigen wir uns derzeit sehr intensiv mit dem Kongressbeschluss zur bundesweiten Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung der Polizei. Es geht uns um die technische Ausstattung, um die sogenannten Endgeräte und das, was sie leisten können müssen. Jeder von uns muss die Technik und die damit verbundenen Programme und Applikationen einfach beherrschen können und damit akzeptieren: Sie müssen eine Hilfe sein und dürfen keinen zusätzlichen Stress verursachen.

DP: Momentan kümmert Ihr Euch intensiv um den Streifenwagen der nahen Zukunft. Was sollte der alles können?

Husgen: Der Streifenwagen ist schlechthin der Arbeitsplatz in der Schutzpolizei. Ihm gebührt dementsprechend eine große Bedeutung. Die Digitalisierung geht auch nicht am Fahrzeug vorbei, wobei wir da beispielsweise an das Connecten mit der Leitstelle denken, an die Möglichkeit des Schaltens einer grünen Welle oder des Vorrangs an Kreuzungen. Aber auch vermeintlich banale Punkte wie die Sicherheit im Fahrzeug, die Schnelligkeit, der Komfort und das Platzangebot spielen weiterhin eine große Rolle. In der heutigen Zeit sind auch alternative Antriebe eines unserer Hauptthemen. Ein durchweg durchdachter Streifenwagen kann die Arbeitszufriedenheit enorm beeinflussen.



GdP-Bundes-schriftführer Hagen Husgen mit Meike to Baben, Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei am GdP-Stand des Europäischen Polizeikongresses in Berlin.

DP: Mit der Schlussproduktion dieser Ausgabe konstituiert sich der neue Bundesausschuss Arbeits- und Gesundheitsschutz, den Du als zuständiges GBV-Mitglied begleitest. Gibt es schon einen Plan?

Husgen: Zumindest Ideen. Ich nenne nur den Hitzeschutz. Momentan brauche ich nur ins Freie zu gehen, um zu wissen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen unter den teils hohen Temperaturen und der massiven Schwüle leiden. Das ist nur ein Beispiel.

DP: Mit Deinen sechs Jahrzehnten Lebenserfahrung siehst Du Dich sicherlich als geeigneten GBV-Vertreter für die Bundesseniorengruppe?

Husgen: Die Schwerpunkte der Bundesseniorengruppe sind sehr vielfältig und interessant. Und es ist ein Trugschluss, zu denken, dass deren Probleme die jüngere Generation nicht betreffen. Wer beispielsweise mit der Altersvorsorge kurz vor Ladenschluss

Die Lebensälteren im Blick: der für die Seniorengruppe zuständige GdP-Bundesschriftführer Hagen Husgen im Gespräch mit dem GdP-Bundesseniorenvorsitzenden Ewald Gerke (r.) am Rande des GdP-Seniorentages im Mai 2023.



GdP/Jan Heischelmann

Digitalisierer

Als co-zuständiges GBV-Mitglied für das Thema Digitalisierung zeichnet der Gewerkschafter verantwortlich für die umfassende Neugestaltung und den Roll-Out der GdP-App mit praktischem Schichtkalender, Streifenhelfer und einem rundum verbesserten Nutzererlebnis. Husgen: „Ich freue mich, dass wir unseren Kolleginnen und Kollegen nunmehr eine echte und zeitgemäße Unterstützung für ihren dienstlichen Alltag bieten können.“

beginnt, ist spät dran – zu spät. Da kann die Jugend noch eine Menge lernen. Ich bin immer wieder erstaunt, wie engagiert sich diese Gruppe für die Gesellschaft insgesamt ins Zeug legt und Gedanken entwickelt. Meine Aufgabe besteht darin, diese Gedanken nach einer gewissen Beratung in die Bundesgremien zu transportieren, sie zu moderieren und zu argumentieren. Da hilft schon ein wenig die Lebenserfahrung.

DP: Es ist bemerkenswert, dass so viele Seniorinnen und Senioren der GdP auch nach dem Ende ihres aktiven Berufslebens die Treue halten. Das zeigt, dass es richtig ist, die Gewerkschaftsarbeit über den Pensions- oder Renteneintritt fortzusetzen, oder?

Husgen: Da haben die treuen Seniorinnen und Senioren alles richtig gemacht. Es gibt

keine bessere Entscheidung, als die GdP-Mitgliedschaft auch im Seniorenalter fortzusetzen. Auch wenn es sich noch so abgedroschen anhört: Die GdP ist und bleibt eine große Familie. Und wer sie verlässt, macht einen Riesenfehler. Und den machen leider immer noch einige. Wahrscheinlich lassen sich diejenigen zu leicht beeinflussen und bedenken nicht, dass es eine Menge Vorteile gibt. Bleibende Freundschaften und Verbindungen, persönliche Treffen, wichtige Informationen und Hilfen, die Unterstützung in Krisen, aber auch in Krankheits- und Todesfällen und die Möglichkeit der Durchsetzung der eigenen Interessen sollten als Beispiele für eine Argumentation ausreichen, dabei zu bleiben.

DP: Lieber Hagen, vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE

Zusatzkarten für Ihre Familie: Kleiner Preis – gleiche Leistung!

Pro bestehendem Business Mobil S bis XL Plus Tarif haben Sie die Möglichkeit, bis zu 5 Zusatzkarten im Tarif Business Card mit eigener Rufnummer zu bestellen – mit dem gleichen Datenvolumen und den gleichen Leistungen.



Hier geht's zu den top Angeboten

Online-Shop: mitarbeiterangebote.telekom.de
E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 3300 34531
Persönlich Beratung im Telekom-Shop:
www.telekom.de/terminvereinbarung

Ihre
Vorteilsnummer
MA053

**Samsung
Galaxy S24
zum Vorteils-
preis!**



Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

„Verstaubte“ Verwaltungen? Nein!

Katrin Kuhl ist „Weiteres Mitglied“ im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Ein Gespräch über das Übersehenwerden, offene Arme und galaktischen Sport.



Katrin Kuhl

Die Hessin trägt in ihrem Geschäftsbereich unter anderem Verantwortung für die Vertrauensleute, die Bundesfachausschüsse Polizeiverwaltung und Verfassungsschutz und die Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Sie amtiert zudem als stellvertretende Bundeskassiererin.

Redaktion

DP: Liebe Katrin, in der Januarausgabe der DP DEUTSCHE POLIZEI startete 2023 die Vertrauensleutekampagne der GdP. Wie fällt 18 Hefte später Deine Bilanz aus?

Katrin Kuhl: Es waren 18 Hefte mit großartigen Menschen, die sich innerhalb der GdP engagieren. Diese Kolleginnen und Kollegen bilden eine bunte Mischung aus unserer Mitgliedschaft ab. Und das heißt doch, dass jede und jeder, die oder der will, in unserer GdP dafür geeignet ist, als Vertrauensfrau und -mann für die Kolleginnen und Kollegen ansprechbar zu sein. Unsere Vertrauensleute wurden aufgrund unserer Vertrauensleutekonferenz in 2023 und der Serie in der DP wieder aus Ihrem Dornröschenschlaf geholt. Das freut mich sehr.

DP: Als Verwaltungsbeamtin bist Du prädestiniert für die Begleitung des Bundesfachausschusses Polizeiverwaltung. An welchen Stellen hakt es bei den Polizeien?

Kuhl: Man hat oft das Gefühl, dass die Verwaltungen als „verstaubt“ wahrgenommen werden. Das wiederum führt dazu, dass wir Nachwuchsprobleme haben. In manchen Bundesländern wird in der Polizeiverwaltung bislang nicht einmal ausgebildet. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Auch in der IT könnte man junge Menschen ausbilden und Ihnen bereits die Be-

sonderheiten der Polizei mitgeben. Leider wird die Verwaltung auch von der Politik oft übersehen oder ignoriert. Mehr Einstellungen im Vollzug bedeuten beispielsweise auch mehr Arbeit in der Verwaltung, um nur ein Beispiel zu nennen. Auch die Digitalisierung der Polizei darf nicht an der Tür des Streifenwagens oder der Polizeidienststelle enden, sondern muss bis in die Verwaltung und gegebenenfalls auch darüber hinaus reichen. Wir als Fachausschuss werden nicht müde, uns in die Diskussionen innerhalb der Polizei, aber auch innerhalb der GdP, einzumischen. Wir wollen nicht vergessen werden.

DP: Die Kolleginnen und Kollegen der Polizeiverwaltung sprechen oft davon, dass ohne das von ihnen organisierte Backoffice bei den Polizeien nicht viel laufen würde. Der BFA und Du sorgen dafür, dass deren Licht nicht unter den Scheffel gestellt wird. Wie wollt Ihr die Polizeiverwaltung noch besser in Szene setzen?

Kuhl: Wir stehen kurz vor dem Abschluss unseres Flyers, und wir nehmen den „Tag der Büroklammer“ zum Anlass, um regelmäßig auf uns aufmerksam zu machen. Derzeit planen wir auch in einer kleinen AG ein Symposium. Wir haben also einiges vor, und ich freue mich darauf.

DP: Der letzte Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei hat einen Bundesfachausschuss Verfassungsschutz ins Leben gerufen. Auch diesen beglei-

test Du für den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Seit Anfang November des vergangenen Jahres arbeitet das Gremium. Wie seid Ihr die ganze Sache angegangen?

Kuhl: Zunächst sind wir damit eingestiegen, uns kennenzulernen und über die Besonderheiten der einzelnen Bezirke auszutauschen. Festgestellt haben wir rasch, dass viele Probleme allerorten gleich auftreten. Spannend empfinde ich die Parallelen zum Fachausschuss Verwaltung, denn auch der Verfassungsschutz wird in manchem Bereich komplett unterschätzt.

Damit der Laden läuft

Die Verwaltungsbeamtin ist zudem zuständig für den Bundesfachausschuss Verwaltung. Unter dem Hashtag #damitderladenläuft engagieren sich Kuhl und ihre Kolleginnen und Kollegen für die Belange des sogenannten Backoffice der Polizei. Gegenwärtig in Planung ist ein Zukunftsgipfel mit besonderem Schwerpunkt auf dem Thema Digitalisierung, der die Herausforderungen an eine moderne Polizeiverwaltung anpacken wird. Verbunden damit ist auch die Konzeptionierung einer Kampagne zur Imagestärkung der Polizeiverwaltung und Nachwuchsgewinnung.

Wichtige Vertrauensleute

Kuhl initiierte 2023 die erste GdP-Vertrauensleutekonferenz mit über 80 Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet. Verbunden damit hatte der Geschäftsführende Bundesvorstand 2023 als Jahr der Vertrauensleute ausgerufen. Dessen Ziel war es, die so wichtige Arbeit der Vertrauensleute an der Basis sichtbar zu machen und ihnen eine Plattform zu bieten, um ihre Kompetenzen vertiefen. Kuhl gelang es, die GdP-Vertrauensleute durch eine begleitende Medienkampagne einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

DP: Wie fällt Dein Fazit nach einigen Vor-Ort-Terminen in Verfassungsschutzämtern aus?

Kuhl: Wir stoßen auf viele offene Ohren – und bildlich gesprochen – auch Arme. Als Gewerkschaft wollen wir nicht als „Oberaufpasser“ auftreten, sondern als Partner. Die Verfassungsschutzbehörden bekommen nicht selten ungerechtfertigte Kritik ab. Man hat nicht oft das Gefühl, dass die Politik dem Verfassungsschutz dann zur Seite springt. Ich glaube, hier können wir effektiv unterstützen und nützliche Lobbyarbeit gestalten. Dabei ist es wichtig, auch die Forderungen der Verfassungsschutzbehörden als GdP zu unterstützen und nach vorn zu bringen. Vornehmlich in der personellen und technischen Ausstattung wird der Verfassungsschutz gerne übersehen. Und das, obwohl insbesondere eine gute IT für die Mitarbeitenden existenziell ist.

Erfolgreiche Ideen-suche: Katrin Kuhl (2.v.r.) mit Kolleginnen und Kollegen des Bundesfachausschusses Polizeiverwaltung bei einem Workshop in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.



DP: Welches Ziel steuerst Du mit dem Bundesfachausschuss Verfassungsschutz noch bis zum nächsten Bundeskongress an?

Kuhl: Momentan arbeiten wir an einer Neuauflage des Positionspapiers. Unser Plan ist es, natürlich noch weitere Verfassungsschutzbehörden zu besuchen und den Fachausschuss bekannter zu machen. Ja, und dann sehen wir, was uns noch alles so einfällt. (lacht)

DP: In Deinen Zuständigkeitsbereich fällt die Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen. An welchen Stellen setzt die Kommission an, um Kolleginnen und Kollegen mit Behinderung gewerkschaftliche Unterstützung anzubieten?

Kuhl: Die Kommission ist stark verzahnt mit den Schwerbehindertenvertretungen (SBV). Wir unterstützen uns an dieser Stelle gegenseitig, indem wir als Gewerkschaft Forderungen der SBVen aufgreifen und dem ganzen Gehör verschaffen. Und das auch übergreifend gemeinsam mit anderen Gremien

wie beim Thema posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) mit dem Bundesfachausschuss Beamtenrecht. Auch die Vernetzung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ist eng und stark, sodass wir viele Informationen an unsere Mitglieder steuern können.

Man muss auch einmal klar feststellen, dass Deutschland vielen anderen Ländern hinterherläuft, was den Umgang mit Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft,

Verfassungsschutzschützerin

Unter der Leitung von Kuhl arbeitet der Bundesfachausschuss Verfassungsschutz seit November 2023. Das Team tourt seitdem durch die Verfassungsschutzbehörden der Republik, immer mit einem geschärften Blick und offenem Ohr für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen.

ANZEIGE

Exklusiv für GdP Mitglieder:

Alarmanlage
~~299 €~~ 199 €

Kostengünstige & effiziente Sicherheit: Ergreifen Sie Maßnahmen und benachrichtigen Sie Ihre Gemeinschaft.

[Gdp.de/gdp-plus](https://gdp.de/gdp-plus)

aber auch in der Arbeitswelt angeht. Da gibt Deutschland wirklich kein gutes Bild ab.

DP: Du hast 2012 ein von der GdP-Bundesfrauengruppe initiiertes Mentoring-Projekt absolviert und bist heute in Deiner zweiten Amtsperiode im Team des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes. Welche Erinnerung hast Du daran, und warum sollten Frauen nicht zögern, in die Gewerkschaftsarbeit einzusteigen?

Kuhl: Das war ein großartiges Projekt damals. Meine Erinnerungen daran sind fest abgespeichert und sehr, sehr gut. Vornehmlich die Vernetzung untereinander, aber auch in die komplette GdP hinein, hat mir den Weg in die Organisation erst eröffnet. In den Projektseminaren habe ich auch einiges über mich selbst gelernt. Das hat mir wirklich weitergeholfen. Wir Frauen, mich eingeschlossen, denken oft lange darüber nach und wägen ab, ob wir das können und was alles auf uns zukommt. Und das wollen wir am liebsten bis ins kleinste Detail wissen. Wenn ich etwas aus dem Seminar mitge-

nommen habe, dann, dass wir uns einfach mal trauen müssen – auch ohne hundertprozentig zu wissen, ob es funktionieren wird. Wir sollten nach dem Motto vorgehen: Ich probiere es einfach mal aus, es kann ja nur schiefgehen. Wie war das noch? „Glaub nicht alles, was Du denkst!“ (lacht)

DP: Zu guter Letzt: Wer Dich etwas näher kennt, weiß, dass Du ein großer American-Football-Fan bist. Wie bist Du auf diesen Sport gestoßen? Was fasziniert Dich an diesem Spiel? Und warum sind die Denver Broncos Dein Lieblingsteam?

Kuhl: Oje, wie viel Platz ist für mich in der Ausgabe geplant? Nein, Spaß (lacht). In Wiesbaden sind seit vielen Jahren Amerikaner stationiert. Und so kam es, dass aus meinem Bekanntenkreis einige mit dem Sport in Berührung kamen. Als dann damals die World League of American Football (später NFL Europe) und die Frankfurt Galaxy gegründet wurden, kam ich um das Thema fast nicht herum. Mein erstes Spiel habe ich 1996 im damaligen Waldstadion besucht. Und diese Fanszene muss man einfach erlebt

haben. Auch wenn das Herz für ein Team schlägt, schlagen die Herzen der Fans noch mehr für den eigentlichen Sport. Es ist eine große, positive Fanfamilie.

American Football ist sehr spannend. Aufgrund der komplexen Regeln, Spielstrategien und -taktiken muss man sich hineindenken und lernt fast nie aus. Als ich Anfang 1998 meinen ersten Super Bowl geschaut habe, standen sich die Green Bay Packers und die Denver Broncos gegenüber. Jetzt brauchte ich ja eine Mannschaft, der ich die Daumen drücken konnte. Damals war John Elway Quarterback der Broncos. Ein sehr erfahrener Spieler, der schon über ein Jahrzehnt aktiv war, jedoch nie das NFL-Endspiel gewonnen hatte. Ich fand, er hätte das mal verdient. Da sein Vater Jack ehemaliger Head Coach in Frankfurt war, passte alles zusammen. Und so bin ich bei den Broncos hängen geblieben und konnte sie sogar schon live in London erfolgreich anfeuern.

DP: Liebe Katrin, vielen Dank für das Gespräch.

Titel

HALBZEITGESPRÄCHE

Von echter Gleichstellung noch weit entfernt

Sibylle Krause ist „Weiteres Mitglied“ im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Ein Gespräch über gläserne Decken, störende Themen und das Zusammenstehen.

Redaktion

DP: Liebe Sibylle, Du bist seit 1997 in der Polizei. Wie hast Du als Frau die Polizei vor 27 Jahren kennengelernt?

Sibylle Krause: Frauen hatten bei der Polizei nichts zu suchen, so war der überwie-

gende Tenor. Gleichwohl galt dies für den Vollzug. In der Verwaltung sah das anders aus. Die Kategorie Führungskraft war überwiegend männlich. Gerade auf der Hundertschaft waren wir Frauen oftmals nur angenehm, wenn wir hübsch aussahen und eine gute Figur hatten. Aber auf einer Ebene mit den Herren – Fehlanzeige. Ja, ich hatte eine

Hundertschaftsführerin, das war schon etwas Besonderes. Aber alle Zugführer waren Männer. Auch auf den Abschnitten sah es nicht anders aus. Führung war überwiegend in Männerhand. Es kamen oftmals Sprüche wie „Frauen haben bei der Polizei nichts zu suchen“. Sowohl aus der Führungsebene als auch aus der Ebene der Kollegenschaft.



Sibylle Krause

Die Berlinerin trägt in ihrem Geschäftsbereich unter anderem Verantwortung für die Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie die Vielfalt in der Gesellschaft und in der Polizei.

„Frau“ musste sich immer doppelt beweisen, um etwas Anerkennung zu erlangen. Das spiegelte sich auch in der Beurteilung wider und in der Beförderung.

DP: Heute ist einer Deiner Tätigkeitschwerpunkte im Geschäftsführenden Bundesvorstand die Gleichstellungspolitik. Was hat sich seitdem verändert?

Krause: Mit dem zahlenmäßigen Zuwachs von Frauen in der Polizei vor allem seit den 2000er-Jahren ist gleichstellungspolitisch viel in Bewegung gekommen. Es wurden in den Behörden etwa Frauenförderpläne geschaffen und speziell für Frauen konzipierte Fortbildungen eingerichtet. Die Frauen haben Netzwerke gebildet, und nicht zuletzt ging auch die Gewerkschaft der Polizei mit

gutem Beispiel voran. Die Frauengruppen in Bund, Landesbezirken und Bezirken haben viel geleistet sowie viel Herzblut und ehrenamtliches Engagement in die Frauenarbeit gesteckt. Von echter Gleichstellung sind wir aber immer noch weit entfernt. Dies äußert sich zum Beispiel in der starken Unterrepräsentanz von Frauen in Führung. Die Männer greifen beherzter zu, wenn es um höherwertige Positionen geht. Frauen hingegen überlegen, wägen ab und zweifeln oft. Nach den zwei aufeinander aufbauenden Studien „Beurteilung im Polizeidienst“, die unsere Bundesfrauengruppe in den Jahren 2012/13 und 2022/23 initiierte, mussten wir aber leider auch feststellen, dass Frauen und Teilzeitbeschäftigte überwiegend schlechter beurteilt werden als Männer beziehungsweise Vollzeitbeschäftigte. Diese mittelbare Benachteiligung behindert die Beförderung und den Aufstieg von Frauen. Diese „gläserne Decke“ müssen wir endlich durchbrechen. Auch ist es überwiegend noch immer so, dass Frauen die familiäre Care-Arbeit übernehmen und damit starke Mehrbelastung im Alltag haben. Es fehlen die Anreize, damit die Sorgearbeit partnerschaftlich aufgeteilt wird. Politik und die Polizei als Arbeitgeberin sind hier stark gefordert.

DP: Hast Du das Gefühl, bei Themen der Gleichstellungspolitik immer in der Defensive zu sein?

Krause: Frauen- und gleichstellungspolitische Themen „stören“ und sind für viele unbequem. Noch immer werden sie oft nicht ernst genug genommen oder schlicht ausgeblendet. Wenn Frauen in der Polizei aber durch schlechtere Beurteilungen Aufstiegs- und Karrierechancen genommen werden, sie nicht gleichberechtigt teilhaben können,

dann gilt es, klare Haltung zu zeigen und sichtbar zu sein. Und das sind wir auf allen Ebenen in der GdP.

DP: Nicht weit entfernt von der Gleichstellung ist eine Deiner anderen Aufgaben im sogenannten Geschäftsverteilungsplan des GdP-GBV – die Frauenpolitik.

Krause: Gleichstellungspolitik zielt auf die Durchsetzung gleicher Rechte, auf die Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern ab und bekämpft geschlechtsspezifische Diskriminierung. Grundlage der Gleichstellungspolitik ist Artikel 3 des Grundgesetzes. Demnach sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Weiter wird darin dem Staat explizit die Aufgabe zuteil, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Auch Benachteiligungen aufgrund etwa des Geschlechts, der Abstammung, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen oder Behinderungen sind verboten. In der Zielsetzung decken sich die Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Letztere geht allerdings von der geschlechtsspezifischen Benachteiligung der „Frau“ aus und fokussiert sie daher explizit.

DP: Die Polizei wird immer weiblicher. Das trifft auch auf die GdP zu. Wie lange wird der Punkt Frauenpolitik noch gebraucht?

Krause: Solange, bis es eine echte Gleichstellung gibt. Dies ist, wie skizziert, leider bislang nicht der Fall. Auch Statistiken sprechen da klare Worte! Der Anteil von Frauen in der Polizei liegt bei einem Viertel. Ich möchte hier auch gerne betonen, dass wohl keine Frau eine Quotenfrau sein möchte.

Stimme für Gleichbehandlung

Im Rahmen der GBV-Zuständigkeit von Sibylle Krause erschien 2023 die Fortsetzung der Studie „Beurteilungen im Polizeidienst“, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung. Die Erststudie hatte die Benachteiligung von Frauen und Teilzeitbeschäftigten offengelegt. Trotz einzelner Verbesserungen verdeutlichte auch die Folgestudie die weiterhin bestehende „gläserne Decke“ für Frauen im Polizeidienst. Krause und ihre Kolleginnen im Bundesfrauenvorstand erarbeiten auf dieser Grundlage Maßnahmen, die die Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei Beurteilungen im Polizeidienst sicherstellen sollen.

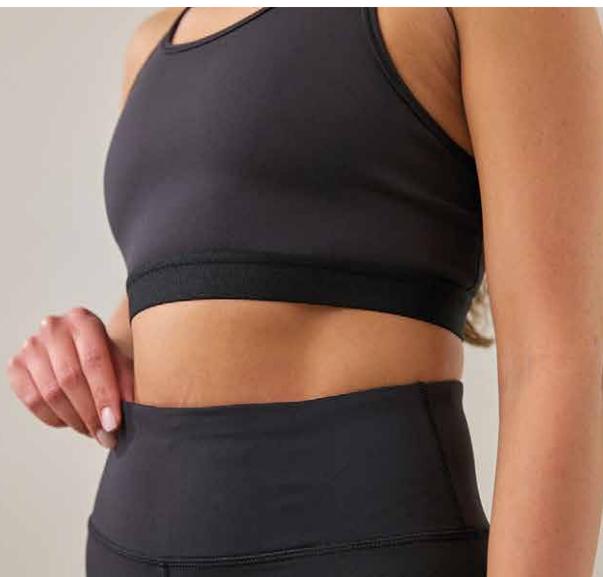
ANZEIGE

Exklusiv für GdP Mitglieder.

20% GdP-Rabatt* auf alle Artikel im Online-Shop.

20% Rabatt

*Nur für Neukunden ab 100€ Mindestbestellwert.



SNOCKS

Kämpferin gegen Sexismus in der Polizei

Unter der Leitung von Krause konstituierte sich im Oktober 2023 die Arbeitsgemeinschaft „Respect me, too“ gegen Sexismus im Dienst und Ehrenamt. Die Berlinerin stieß im Zuge dessen eine medienwirksame Debatte über Sexismus in der Polizei an. In deren Folge wurde ihr die Aufmerksamkeit von Entscheidungsträgern in Polizei und Politik zuteil, die sie nutzte, um die Positionen der GdP weiterzubreiten. Zur Fußballeuropameisterschaft 2024 rief die Bundesfrauengruppe der GdP unter Begleitung von Krause die Aktion „Rote Karten gegen Sexismus im Dienst“ ins Leben, um weiterhin für das Thema zu sensibilisieren.

DP: Deine Vorstandskollegin Katrin Kuhl hat durch ein GdP-Mentorenprojekt den Weg in die Gewerkschaftsarbeit gefunden. Die gewerkschaftliche Personalentwicklung funktioniert und ist wichtig.

Krause: Unsere Bundesfrauengruppe hatte 2012 das Mentorenprojekt initiiert und es in den Folgejahren als Personalentwicklungsprojekt erfolgreich fortgesetzt. Durch diese Projektreihe haben wir viele Frauen für die aktive Gewerkschaftsarbeit gewinnen können. Katrin ist ein ausgezeichnetes Beispiel. Aber noch immer sind Frauen in unseren Gewerkschaftsgremien unterrepräsentiert. Das ist auch satzungsmäßig problematisch. Um die anteilmäßige Vertretung von Frauen in den Gremien der GdP zu erreichen, halte ich es für dringend notwendig, frauenspezifische Angebote zur Personalentwicklung in der GdP in unser Bildungsprogramm aufzunehmen. Bislang war unsere Bundesfrauengruppe auf eine Drittmittelförderung angewiesen. Wir müssen ihr bewährtes Projekt verstetigen und mit Eigenmitteln abdecken können.

DP: Als GdP-Bundesfrauengruppe habt Ihr zur Fußballeuropameisterschaft „Rote Karten“ gegen jegliche Form von sexualisierten Übergriffen im Dienst und im Ehrenamt verteilt. Wie stellte sich die Resonanz darauf dar?

Krause: Wir haben im Oktober 2023 die AG „Respect me, too – Im Dienst und Ehrenamt“ ins Leben gerufen, um dieses Thema endlich anzupacken. Die Grundlage hierfür bildet der Bundeskongressbeschluss Doo4 von 2022. Hieraus ist auch die Aktion „Rote

etwas Süßes zum Jubiläum: Sibylle Krause (r.), im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand unter anderem für die Frauenpolitik zuständig, überreicht der GdP-Bundesfrauenvorsitzenden Erika Krause-Schöne ein Stückchen Torte anlässlich der Feier von 40 Jahren Frauengruppe Mitte Oktober 2023.



GdP/Key-Hierschmann

Karten“ entstanden. Ich denke, dass es überwiegend positiv aufgenommen wurde. Es wird wohl schon jeder mit diesem Thema in Berührung gekommen sein, ob als Betroffene, Betroffene, als Führungskraft oder als Zeuge. Wir wollen damit sensibilisieren und Verständnis für die Betroffenen erlangen. Was an mir abtropft, kann jemand anderen an den Abgrund bringen. Wie oft wird bei solchen Dingen gesagt, nun hab Dich mal nicht so. Aber jeder von uns empfindet individuell. Darum wollen wir appellieren, dass nicht weggeschaut oder verharmlost wird und die Betroffenen Unterstützung erfahren. Und zwar in dem Umfang, wie es jeder und jede Einzelne benötigt.

DP: Die GdP setzt sich für Vielfalt in der Gesellschaft und der Polizei ein. Im Dezember 2023 wurde dazu die AG Vielfalt gegründet. Was bedeutet für Euch Vielfalt?

Krause: Zunächst freue ich mich, dass die

Vielfaltförderin

Im Dezember 2023 kam die AG Vielfalt zu ihrer Auftaktsitzung in Berlin zusammen. Unter der Leitung von Krause engagieren sich die Mitglieder für die Förderung von Vielfalt in der Gesellschaft, in der Polizei und in der Gewerkschaft. Das GBV-Mitglied setzt sich im Rahmen der AG dafür ein, die GdP- und Polizeifamilie auch mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung zu öffnen, inklusiver zu machen, Vorurteile ab-, Vertrauen aufzubauen und mehr junge Menschen für eine Beschäftigung bei der Polizei zu gewinnen.

GdP im Mai 2023 die Charta der Vielfalt unterzeichnet hat. Das war ein wichtiges Zeichen. Als. Grob gesagt, bedeutet für uns Vielfalt, dass jeder so sein kann und so akzeptiert werden soll, wie er ist. Ganz gleich welche Hautfarbe, egal welche Herkunft, egal welche sexuelle Orientierung, egal welches Geschlecht, egal welche Religion, egal welche Lebensweise, egal ob alt oder jung, egal ob mit Behinderung. Das könnte ich noch ewig so weiterführen. Die AG setzt sich aus so motivierten Kolleginnen und Kollegen zusammen, die genau wissen, wovon sie reden. Denn sie haben in ihrem privaten und dienstlichen, aber leider auch im gewerkschaftlichen Umfeld Diskriminierung erlebt. Ihre Expertise ist jetzt schon sehr gefragt, und ich freue mich, ein Teil davon sein zu dürfen.

DP: Und auf welche Vorbehalte stoßt Ihr?

Krause: Wie überall gibt es auch hier Aussagen wie „damit muss man sich doch nicht beschäftigen“ oder „habt ihr keine anderen Probleme als diese“. Aber ich muss sagen, dass wir sehr viel Zuspruch erfahren durften. Der GBV steht dahinter, und wir wollen ein Zeichen setzen – bis auch diese AG vielleicht irgendwann nicht mehr nötig sein wird, weil es dann alles einfach normal ist.

DP: Diversität verstehen viele nicht. Wie gebt Ihr Betroffenen Mut und Motivation, ihren Weg weiterzugehen?

Krause: Wir geben Mut und Motivation, indem wir uns sichtbar machen. Wir klären auf, nehmen vielleicht stellenweise Ängste. Und vor allem zeigen wir uns als diejenigen, die alle selbst schon negative Erfahrungen machen mussten. Es geht uns darum, zusammenzuhalten und zusammenzustehen.

DP: Liebe Sibylle, vielen Dank für das Gespräch.

Service



EXKLUSIV FÜR EUCH: GdP PLUS PARTNER

Eine starke Partnerschaft

Unser Vorteilsprogramm. Von uns, für Euch. Attraktive Unternehmen präsentieren spannende Angebote speziell für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Starke Partner – attraktive Angebote

Neu im Partnerprogramm: Die **HARTMANN TRESORE AG** bietet maßgeschneiderte Tresor- und Sicherheitslösungen für jeden Bedarf.

Weitere Branchen folgen

GdP-Plus Partner wird stetig ausgebaut. Ihr dürft gespannt sein. Namhafte Unterneh-

men aus unterschiedlichen Branchen sollen folgen. Wer das sein wird, erfahrt Ihr in Eurer DP. Jeder neue Partner präsentiert sich auf unseren Seiten zu Beginn der GdP-Plus Partnerschaft und wird Euch dort regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram der GdP Bund hal-

ten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Der Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse **www.gdp.de/gdp-plus** eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden. Das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt. Auf geht's zu den exklusiven Angeboten und viel Spaß beim Stöbern – in Eurem GdP-Plus Partner-Programm! ■

Die Nr. 1 für Qualitätstresore

Ihre Waffen und Werte in sicheren Händen

- > zertifizierte Einbruchsicherheit nach EN 1143-1
- > individuelle Fachberatung
- > umfassender Service
- > umfassendes Produktsortiment
- > 150 Jahre deutsche Handwerkstradition



> Jetzt 10 % Rabatt*
sichern: GdP-HT-10

Hier scannen:
<https://bit.ly/3VkJZSOH>



*gilt nur für nicht reduzierte Tresore.



2025 IN DER HAND UND



TISCHQUERKALENDER

Format ca. 33 x 11,5 cm plus 3 cm Fußleiste

230161

☀️ 2,35 € 2,95 €



JAHRESPLANER DIN A4

Zweiseitig mit Ferienplan auf Rückseite Format DIN A4, 29,7 x 21 cm

230199

☀️ 0,25 € 0,35 €

VIERTMONATSPLANER

Format ca. 29 x 68 cm

230150

☀️ 1,60 € 2,00 €

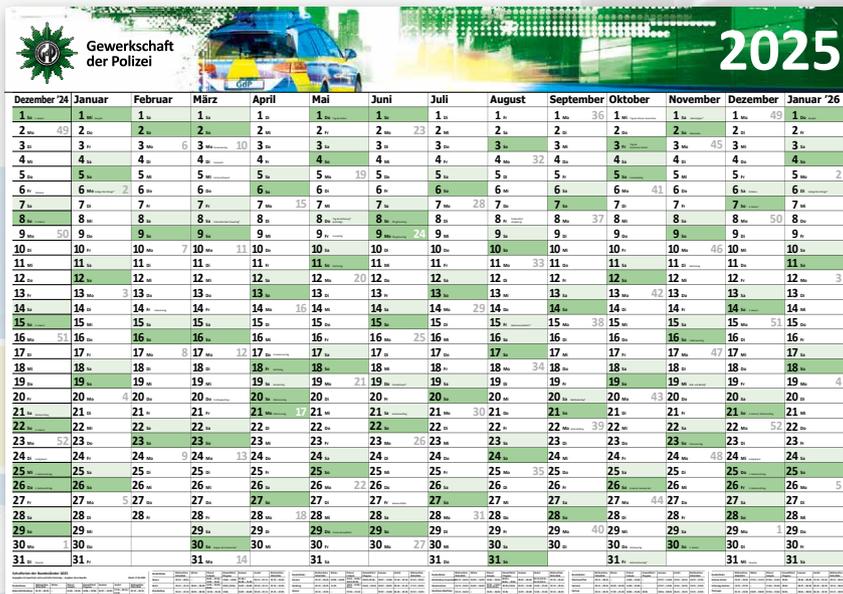
BUCHKALENDER

Format DIN A5,

ca. 14,8 x 21 cm

230170

☀️ 6,40 € 8,00 €



JAHRESWANDPLANER DIN A0 + A1

Zweiseitig mit hochformatigem Kalendarium auf Rückseite,

Format DIN A0, 84,1 x 118,9 cm (Mindestbestellmenge 10 Stück)

230174

☀️ 2,95 € 3,95 €



Format DIN A1, 59,4 x 84,1 cm

230175

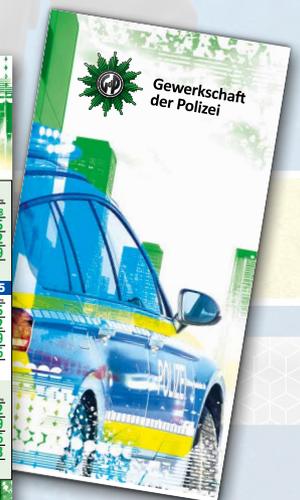
☀️ 0,65 € 0,70 €

TISCHAUFSTELLKALENDER

Format ca. 29 x 68 cm

230240

☀️ 2,60 € 3,25 €



AN DER WAND

Weitere Kalender-Produkte
findest Du unter
[www.osg-werbemittel.de/
produkte/kalender](http://www.osg-werbemittel.de/produkte/kalender)

TASCHENKALENDER

4-farbig bedruckte
Kalenderbroschüre.
Format 8,5 x 13,7 cm
230205

☀ 0,75 € 0,95 €



BILDKALENDER

Format 62,6 x 44,1 cm
230216

☀ 14,60 € 18,25 €



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25

Januar 2025



Gewerkschaft
der Polizei



Polizeikalender 2025

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30

Juni 2025



Gewerkschaft
der Polizei



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,50 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

EURO 2024

#EinstarkesTeam

Die Fußballweltmeisterschaft 2024 war das sportliche Großereignis in Deutschland. 51 Spiele in sieben Städten zogen über 2,5 Millionen Fans aus aller Welt in die Bundesrepublik. Eine Mammutaufgabe für unsere Polizei. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stand ihren Kolleginnen und Kollegen als „zwölfter Mann“ in den Betreuungseinsätzen verlässlich zur Seite. Ein Rückblick ...

Danica Bensmail



Innenleben



AUS DER TÄGLICHEN PERSONALRATSTÄTIGKEIT

Mit sehr, sehr langem Atem

DP-Autor Jörg Günther beschreibt, warum es großer Ausdauer bedurfte, bis es gelang, eine angemessene Bezahlung „für unsere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ zu erreichen.

Jörg Günther

Die Einführung eines Bereiches Arbeitsschutz in der Polizei Sachsen hat schon eine lange Geschichte. Und diese stellte die Personalräte immer wieder vor Herausforderungen.

Neben den allgemeinen Schwierigkeiten einer Einführung neuer gesetzlich vorgeschriebener Arbeits- beziehungsweise Verantwortungsbereiche innerhalb einer bestehenden Organisation, war die Bewertung

der Aufgabe über viele Jahre ein „Dauerbrenner“. In den Auseinandersetzungen der jeweils zuständigen Dienststellen mit den Örtlichen Personalräten ging es um den Umfang der Aufgabe sowie die Eingruppierung der Beschäftigten des Arbeitsschutzes.

Zu Beginn waren die Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Sifa) dezentral bei den vorhandenen Polizeipräsidien angegliedert. Je nachdem, wie der jeweilige Polizeipräsident den Stellenwert und die Bedeutung dieses Aufgabenbereiches einschätzte, erfolgte die Übertragung der Tätigkeiten im Neben- oder Hauptamt sowie die Eingruppierung. Ein Polizeipräsidium bewertete damals die Tätigkeit mit Vergütungsgruppe IV a BAT-Ost allgemeiner Teil auf Grundlage eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 16. Oktober 1985 (Überleitung in EG 11). Eine beabsichtigte spätere Rückgruppierung wurde gerichtlich verhindert. Ein anderes betraute einen Beamten mit der Aufgabenerfüllung.

Im Jahr 2005 erfolgte in Sachsen eine Polizeireform, und der Bereich der Arbeitssicherheit wurde in der damaligen Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen (heute

Nutze Deine Rabatte!



**GdP-Plus
Partner**



Da ist alles drin –
exklusiv für Dich als
GdP-Mitglied und
Deine Familie!

Zu den Angeboten:



Fotos: stock.adobe.com



Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Kontakt zum jeweiligen Anbieter bzw. Dienstleister ist über die spezifische Angebotsseite nach dem Login möglich. Weitere Infos: www.GdP.de

Jörg Günther

ist Tarifvertreter im Polizei-Hauptpersonalrat Sachsen und zugleich Mitglied im Örtlichen Personalrat des Polizeiverwaltungsamtes Sachsen.

Polizeiverwaltungsamt) in einem Referat zusammengeführt. Mit dem personellen Aufwachen dieses Fachbereiches begannen die vorgegebenen personalrechtlichen Beteiligungen der Zuversetzung, Einstellung und Eingruppierung. Erstmals wurden die Fachkräfte für Arbeitssicherheit ausschließlich im Hauptamt beschäftigt. Mit der Zuweisung von notwendigen Haushaltsstellen erfolgte ab 2010 der personelle Aufwuchs.

Eine der ersten Eingruppierungen in der Zentraldienststelle der Polizei zielte damals auf eine Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 1a des Teiles I BAT-Ost. (EG 9 ohne Stufe 6)

Der Örtliche Personalrat (ÖPR) versagte die Eingruppierung und begründete umfangreich die „besondere Schwierigkeit und Bedeutung“ – somit die Eingruppierung in Vergütungsgruppe IV a Fallgruppe 1a mit Aufstiegsmöglichkeit in Vergütungsgruppe III (EG 11); mindestens aber die Fallgruppe 1b (EG 10). Der ÖPR argumentierte mit einem Arbeitsvorgang und der besonderen Breite des notwendigen Fachwissens auf den verschiedensten Gebieten in den Bereichen der Polizei. Mit den unterschiedlichen Positionen begann das vorgeschriebene personalrechtliche Stufenverfahren bis in die Einigungsstelle. Bis Mitte 2014 wurde unserer Argumentation durch die Einigungsstelle nicht gefolgt.

Mit dem Aufbau eines größeren Bereiches „Ärztlicher Dienst“ rückten auch die Bewertungen im psychischen Bereich mehr in den Fokus. Die SiFa sollten nun neben den Polizeiarzten auch die anderen Führungskräfte in Fragen psychischer Belastung im Polizeibereich beraten.

Dieser Fakt ergänzte die beharrlich vorgebrachte Argumentation des ÖPR und bewegte in der Einigungsstelle den neuen Vorsitzenden Richter (Arbeitsrichter) zu der Aussage, dass eine Entgeltgruppe 9 TV-L zu wenig sei. Allerdings rang er sich erst mit dem nächsten Stufenverfahren zur Eingruppierung im Oktober 2014 zu der Empfehlung einer Eingruppierung in EG 10 Teil I des TV-L durch.

Gemäß dem Sächsischen Personalvertretungsgesetz (SächsPersVG) ist die Empfehlung der Einigungsstelle für den Arbeitgeber nicht bindend und wurde auch durch das Innenministerium nicht umgesetzt. Sie stärkte aber dieses Mal die Sichtweise und Argumentation der Personalvertretung. Leider konnten wir bis dahin keinen Kollegen dazu bringen, sein Recht vor Gericht einzu-

klagen und so blieb es immer bei EG 9.

Bewegung

Das BAG-Urteil 4 AZR 379/15 vom 25. Januar 2017 brachte erneut Bewegung in die Geschichte. Dieses Urteil besagt sinngemäß, dass die Fachkräfte für Arbeitssicherheit in den Teil II der Entgeltordnung zum TV-L einzugruppieren seien, da sie dem technischen Bereich zuzuordnen sind und eine technische Ausbildung benötigen.

Daraufhin wurden wir als Personalrat beim Dienststellenleiter vorstellig und forderten die Bewertung der Tätigkeit nach der neuen Rechtslage. Die Dienststelle lehnte das ab und wollte die „Anwendungsnotwendigkeit dieses Urteils auf die Fachkräfte für Arbeitssicherheit (SiFa) des Landes Sachsen“ prüfen lassen.

Just zu diesem Zeitpunkt lag noch eine unserer Personalmaßnahmen zur Behandlung in der Einigungsstelle.

Im Januar 2019 wurde durch das Innenministerium unsere Dienststelle aufgefordert, die Tätigkeiten der SiFa nach Teil II der Entgeltordnung zu bewerten. Der noch offene Vorgang vom Januar 2017 kam zur Korrektur in unsere Dienststelle zurück. Daraufhin drängte der ÖPR auf die Überprüfung aller Kollegen und die Eingruppierung in Teil II mit dem Ziel der Zuordnung der Ingenieure. Es folgte zunächst Widerstand der Personalstelle und Eingruppierung in 22.2 Techniker bis EG 9.

Also zogen wir wieder in den Kampf um die Anerkennung des „Notwendigen Ausbildungsniveaus der Ingenieure“. Glücklicherweise erhielten wir hervorragende Unterstützung. Durch eine Kollegin im Personalrat – selbst SiFa – wurden fachlich nicht angreifbare Argumentationen erstellt, die nicht mehr negiert, genauer gesagt entkräftet werden konnten. Auch der Personalrat musste aufrüsten!

Anfang 2020 erfolgten Ausschreibungen auf dem Niveau der Ingenieure. Die Bewerber hatten alle eine Ingenieursausbildung in verschiedensten Bereichen und einen Abschluss als Fachkraft für Arbeitssicherheit, aber leider keinen Sicherheitsingenieur als direkten Abschluss. So sollten sie gemäß den Vorbemerkungen der Entgeltordnung wegen nicht vorhandener notwendiger Ausbildung eine EG tiefer eingestellt

werden. Als Kompromiss zwischen Dienststelle und ÖPR wurde vereinbart, die neu einzustellenden Kollegen nach einer weiteren speziellen Fortbildung und nach Ablauf von 6 Monaten ohne Antrag in die EG 10 einzugruppieren.

Damit gab sich der Personalrat erst einmal zufrieden.

Durch uns animiert, lagen zu diesem Zeitpunkt im Personalreferat aber Anträge zur Überprüfung der Eingruppierung der vorhandenen Kollegen rückwirkend bis 2008 vor.

Ergebnis

- ▶ Rückwirkende Eingruppierung bis 2014 der vorhandenen Kollegen je nach Tätigkeitsfeld in EG 10 oder EG 11 als sonstiger Beschäftigter.
- ▶ Neubewertung der neu eingestellten Kollegen zum Einstellungszeitpunkt in EG 10 oder EG 11.
- ▶ Wir unterscheiden noch in vertiefende Themengebiete Gefahrstoffe, Brandschutz und Schießstätten.

Zur Ehrenrettung unserer Kolleginnen und Kollegen der Personalabteilung ist zu sagen: Es war immer ein anständiges Arbeiten, trotz der unterschiedlichen zu vertretenden Positionen. Stellenhaushalt, Stellenbewertungen und so manches „Nichtwollen“ auf höchster Ebene, verbunden mit politischem Geplänkel und Bestreben, machen diesen Kollegen das tägliche Arbeitsleben nicht einfach.

Mein Fazit als Mitglied dieses ÖPR: Jetzt nach über zehn Jahren haben wir eine angemessene Bezahlung unserer Fachkräfte für Arbeitssicherheit erreicht.

Wir haben lange, über mehrere Wahlperioden hinweg gekämpft, waren fachlich richtig, nachhaltig und fair. Der lange Atem hat sich ausgezahlt. Wir wissen, in anderen Bereichen der Wirtschaft und des Öffentlichen Dienstes gibt es höhere Vergütungen. Das ist uns bewusst. Hier wird der Kampf im Fachkräftemangel geeignetes Personal zu bekommen, auch über die Eingruppierung geführt! ■

GdP-TARIFBOTSCHAFTERINNEN UND -BOTSCHAFTER

Auf Euch kommt es an!



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sucht erneut motivierte Tarifbotschafterinnen und -botschafter. Sie sollen die kommende Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bund und in den Kommunen begleiten. Seit der Ländertarifrunde 2021 sind unsere Tarifbotschafterinnen und -botschafter im Einsatz. Schließt Euch unserem Team an!

Warum?

Tarifrunden sind ein Kraftakt, bei dem wir Eure Unterstützung benötigen. Auch die nächste Runde für die Beschäftigten im Bund und den Kommunen wird es sein. Die Arbeitgeber werden hart verhandeln. Darauf sind wir vorbereitet. Wir wissen, dass wir auf Euch, auf unsere Mitglieder, zählen können. Das ist gut.

Während der Verhandlungen wollen wir Transparenz schaffen, um das Bewusstsein für notwendige gewerkschaftliche Maßnahmen zu schärfen. Dafür sorgen unsere GdP-Tarifbotschafterinnen und -botschafter mit

ihrem heißen Draht zum Verhandlungsgeschehen. Durch die Einführung der Tarifbotschafterinnen und -botschafter ist es uns gelungen, wichtige Themen direkt an der Basis zu platzieren und von dort auch Informationen zu bekommen. Ganz besonders freut es uns, dass wir auch viele Beamtinnen und Beamten für diese Funktion gewinnen konnten.

GdP-Tarifbotschafterinnen und -botschafter bilden das direkte Bindeglied zwischen den Mitgliedern und den Verhandeln- den vor Ort. Sie erhalten aktuelle Informa-

tionen aus der Tarifrunde und leiten diese zeitnah in die Mitgliedschaft weiter.

Das zeichnet Dich aus

- Du hast Bock auf das Thema Tarif und willst mehr erfahren – ganz gleich, ob Du neu bei uns bist oder schon ein GdP-Jubiläum gefeiert hast.
- Du hast Spaß an Kommunikation – mit und für Kolleginnen und Kollegen, gerne auch auf Social-Media-Kanälen.
- Du möchtest Kolleginnen und Kollegen über den Stand der Tarifrunde informieren und so das Verhandlungsteam unterstützen.
- Du unterstützt vor Ort bei der Vorbereitung von Aktionen und möglichen Streikmaßnahmen.

Unser Angebot

- Wir helfen Dir mit guten Tipps für zielgenaue Kommunikation.
- Du bekommst die „Breaking News“ aus den Verhandlungen und neueste Informationen zu Aktionen.
- Du tauschst Dich in Videobriefings mit dem GdP-Verhandlungsteam aus.

Was sagst Du?

- Du sagst ja, da mache ich mit. Klasse!

Bitte schreibe uns eine E-Mail an gdp-tarifrunde2025@gdp.de mit Deinem Namen, Deinem Landesbezirk oder Bezirk.

Bitte sende uns auch die E-Mail-Adresse, unter der Du erreicht werden möchtest, sowie Deine Handynummer.

Einfach abonnieren: aktuelle Nachrichten über den GdP-Whatsapp-Kanal. Erst recht bei Tarifrunden.



VERTRAUENSLEUTE

Für dich da.



„Als Vertrauensfrau
kenne ich mich aus
und stehe dir mit Rat
und Tat beiseite.“

Ines

Wir kennen

uns aus.



Gewerkschaft

Service

EXKLUSIV FÜR EUCH: GdP PLUS PARTNER

Eine starke Partnerschaft



Unser Vorteilsprogramm. Von uns, für Euch. Attraktive Unternehmen präsentieren spannende Angebote speziell für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Starke Partner – attraktive Angebote

Neu im Partnerprogramm: Fliegen Sie mit **Emirates** zu über 140 Reisezielen und sparen Sie bis zu 200 Euro bei Flügen und 5 Prozent auf Pauschalreisen.

Weitere Branchen folgen

GdP-Plus Partner wird stetig ausgebaut. Ihr dürft gespannt sein. Namhafte Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sollen folgen. Wer das sein wird, erfahrt Ihr in

Eurer DP. Jeder neue Partner präsentiert sich auf unseren Seiten zu Beginn der GdP-Plus Partnerschaft und wird Euch dort regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram der GdP Bund halten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Der Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse **www.gdp.de/gdp-plus** eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden. Das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt. Auf geht's zu den exklusiven Angeboten und viel Spaß beim Stöbern – in Eurem GdP-Plus Partner-Programm! ■



Ihre exklusiven Mitgliedervorteile:

- Bis zu 200 EUR sparen auf Flüge in der Economy- und Business-Class

JETZT FLUG BUCHEN:

www.emirates.de/gdp-flug

- 5% Rabatt auf Emirates Holidays Pauschalreisen

JETZT REISE BUCHEN:

www.emirates.de/gdp-reise



BEI UNS DÜRFEN SIE SICH ZURÜCKLEHNEN

Beginnen sie Ihren Urlaub bereits an Bord, wenn Sie mit Emirates ab Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg oder München fliegen. Lehnen Sie sich bequem zurück, genießen Sie köstliche, mehrgängige Menüs und erleben Sie das beste Bordunterhaltungssystem über den Wolken. Emirates fliegt via Dubai zu über 140 Reisezielen weltweit.



Hingeschaut



Zur Nationalen
Suizidpräventionsstrategie
der Bundesregierung



Erster Austausch im Bundesgesundheitsministerium (BMG) mit Abteilungsleiterin Dr. Silke Heinemann.

Handlungsfeld I: Gesundheitskompetenz und Empowerment (etwa die Sensibilisierung und Früherkennung von Hilfebedarf und Wertevermittlung; zentrale Maßnahmen: Einrichtung einer nationalen Kompetenz- und Koordinierungsstelle sowie einer nationalen Homepage zur Thematik).

Handlungsfeld II: die psychosoziale Beratung und Unterstützung (Telefon- und Onlineberatung 24/7 mit Weiterleitung an die Krisendienste der Länder) sowie die Etablierung von Krisendiensten.

Handlungsfeld III: die Vernetzung und Koordination der Suizidprävention (etwa eine nationale Aufklärungs- und Informationskampagne).

Die Querschnittsaufgabe bezieht sich auf die Evaluation und Begleitforschung.

GdP-CHEF IM GESPRÄCH MIT DEM BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT

Nationale Suizidstrategie erörtert

Die Bundesregierung möchte erstmalig in der Bundesrepublik eine Nationale Suizidstrategie konzeptionell erstellen und umsetzen. Obwohl weltweit die Suizidzahlen im Durchschnitt rückläufig sind, bleiben diese in Deutschland hoch: rund 10.000 Suizide wurden im Jahr 2022 verzeichnet, darunter rund drei Viertel Männer und ein Viertel Frauen.

Jochen Kopelke

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), unter der Leitung von Bundesminister Karl Lauterbach, hat deshalb erstmals eine Nationale Suizidpräventionsstrategie vorgelegt. Das Thema Suizide ist im Polizeiberuf von besonderer Bedeutung, denn die Einsatzeinsätze und Einsatzdauer dieser Situationen nehmen zu und fordern Polizeibeschäftigte immens – insbesondere mental und emotional. Außerdem erleben wir auch in unseren Reihen

Suizide unserer Kolleginnen und Kollegen und haben damit schwer zu kämpfen.

Die Nationale Suizidstrategie

Die Bundesregierung will die Suizidprävention nachhaltiger koordinieren und ausbauen. Drei wesentliche Handlungsfelder und eine Querschnittsaufgabe sind hierfür vorgesehen:

Erster Arbeitstermin für die GdP im BMG

Im Juli habe ich als GdP-Bundesvorsitzender im Kontext der Veröffentlichung der nationalen Suizidstrategie an einem ersten Gesprächstermin mit der zuständigen Abteilungsleiterin, Dr. Silke Heinemann, im Bundesgesundheitsministerium (BMG) teilgenommen. Erörtert wurden vornehmlich insbesondere die aktuelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) beziehungsweise der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz, das Einsatzgeschehen und die Einsatzbewältigung im Kontext von Suiziden, Suicide-by-Cop-Phänomene und Suizide innerhalb der Polizeibehörden. Vornehmlich das frühe Einbringen in die Konkretisierung der Strategie stieß im BMG auf positive Resonanz. Der Termin zeigte aber auch: Es ist noch viel Arbeit erforderlich, um hier Polizei und Strategie zusammenzubringen. Angesichts dessen sind weitere Termine beabsichtigt und eine intensive Beteiligung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) dringend geboten. Parallel sichtet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die vielen Abschluss-, Bachelor- und Masterarbeiten zu diesem Thema. Denn eines ist klar: Wir wissen bereits sehr viel über dieses Tabuthema innerhalb der Polizeibehörden. ■

Innenleben



Innenleben



Treffen in Berlin: (v.l.) Roland Hoffmann, Hagen Husgen, Uwe Petermann, Ewald Gerk, Martin Kröber, Volker Huß und Gundula Thiele-Heckel.

SENIORINNEN UND SENIOREN

Gesundheit im Blick

Uwe Petermann

Anfang Juli traf sich der Geschäftsführende Bundesseniorenvorstand (GBSV) in Berlin. Begleitet wurde das Treffen durch das für Seniorenpolitik zuständige Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hagen Husgen.

Die GdP-Bundesseniorenspitze widmete sich intensiv dem Thema Gesundheit. Erörtert wurde, wie es mit dem eRezept sowie mit der eGesundheitsakte für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und für die aktiven Beamtinnen und Beamte weitergeht. Zu diesem Zweck tauschte sich der GBSV mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Kröber aus.

Zusätzlich arbeiten die GdP-Senioren mit Hochdruck an einem Musterentwurf für eine Beihilfевorschrift. Für die Mitglieder wurden Informationsmaterialien zur Vorbereitung auf den Ruhestand und im Sterbefall erstellt.

Ein weiteres Thema der Sitzung war die Vorbereitung des Seniorentages der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) 2025 in Mannheim. Auch die Bundesratsinitiative Hamburgs zur Änderung des Versorgungsausgleiches und die notwendige Unterstützung der Seniorengruppe wurden bewertet.

Zusammengefasst hat der GBSV ein umfassendes Portfolio besprochen und die Aufgaben für die kommende Zeit festgelegt. ■

SEMINARTIPP

Vom Kriminalfall bis zur fertigen Geschichte

„Vom Aktenzeichen zur Story“ ist der Titel der Schreibwerkstatt, die von den Polizei-Poeten im Informations- & Bildungszentrum Schloss Gimborn e. V. (IBZ) von Freitag, 11. Oktober bis Sonntag, 13. Oktober 2024 stattfinden wird.

Michael Zielasko

Wer daran teilnehmen möchte, wendet sich bitte telefonisch oder per E-Mail direkt an das IBZ Schloss Gimborn – Telefon: 02264 404330 oder E-Mail: info@ibz-gimborn.de.

Simone Zahn wird die Werkstatt leiten. Seit 2007 arbeitet sie als freie Drehbuchautorin für True Crime Formate, Spielfilm und Serie, darunter Aktenzeichen XY...ungelöst, Gelöst, Cold Case, Vermisst oder Autopsie – Der Profiler. Sie bringt das Wissen mit, wie man eine packende und emotionale Geschichte schreibt. Szene für Szene, mit spannendem Aufbau und authentischem Dialog. „Dabei ist die Arbeit an jedem Fall immer wieder eine Herausforderung: Wie wählt man aus der Fülle an Fakten und Spuren die richtigen aus? Wie schafft man, dass sich die Zuschauer identifizieren? Wie gebe ich Opfern, die nichts mehr erzählen können, ein Gesicht?“, verdeutlicht sie.

Die Schreibwerkstatt richtet sich an alle, die Interesse und Lust am Schreiben haben – ob Anfänger oder geübte Wortwerker. ■

ANZEIGE

Job an den Nagel hängen?

Erwerben Sie eine sofort verfügbare GmbH z.B. mit erteilter Erlaubnis gem. § 34a GewO (Sicherheit & Bewachung). Auch Gesellschaften aus anderen Branchen verfügbar.

JETZT IN DIE SELBSTSTÄNDIGKEIT!

weitere Infos unter:
0241 / 16 06 68 -0
cofa.de info@cofa.de

oder direkt zu unserem Portfolio:



Bei der hier abgebildeten Uniform handelt es sich um ein Kostüm und dient lediglich zur Darstellung.

Innenleben

POLIZEI UND IHR GESELLSCHAFTLICHES ABBILD

Wer die Besten will...

Kann es sich die Polizei mit Blick auf den zunehmenden Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern leisten, mit Vielfalt und Inklusion nicht offensiv umzugehen? Die AG Vielfalt der Gewerkschaft der Polizei hat sich kritisch mit dieser Frage auseinandergesetzt.

Sibylle Krause, Dorina Arndt

So wie sich die Gesellschaft verändert, so verändert sich auch die Polizei. Theoretisch jedenfalls. Die Wirklichkeit stellt sich noch immer anders dar. Für viele kommt die Polizei als Arbeitgeberin erst gar nicht infrage. Dies gilt etwa für größere Teile der Gruppe von Menschen mit Migrationsbiografie wie auch LSBTIQ*Personen. Eine

Änderung dieser Realität ist notwendig. Wer wie die Polizei die Besten will, kann auf diese Menschen nicht verzichten. Ihre Türen sollten sich noch stärker für Vielfalt und Inklusion öffnen – vornehmlich in Zeiten zunehmender Nachwuchsprobleme. Es geht jedoch um viel mehr: Mitglieder der AG Vielfalt der GdP bringen es in Statements auf den Punkt:

Kolleginnen und Kollegen mit Migrationsgeschichte schaffen Vertrauen in die Polizei

Alessandro Manco: „Durch Kolleginnen und Kollegen mit Migrationsgeschichte können Brücken gebaut und das Vertrauen in die Polizei gestärkt werden. Sie werben für Verständnis bei Betroffenen und vermitteln. Die Nachwuchswerbung bei Personen mit Migrationsgeschichte ist ein probates Mittel, um die Polizei auch allgemein breiter aufzustellen. Ferner ist ein verstärkter Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus migrantischen Communities wichtig, um den Eindruck zu verhindern, dass die Polizei aufgrund der ethnischen Herkunft unterschiedliche Maßnahmen trifft. Hierbei hilft nur der Dialog, damit Vorbehalte und Stereotype abgebaut werden. Dies gilt für alle Seiten.“



„Work where you are celebrated, not tolerated!“

Patricia Nubi: „Um als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben, muss Vielfalt in der Polizei auf der Straße, in den Büros und auch in den Führungs- und Spitzenfunktionen sichtbar und Voraussetzung sein. Die Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiografie an Führungsverantwortung ist ein wirksames Instrument, Vielfalt anzuerkennen, zu fördern und zu nutzen. Das kann das Image der Polizei innerhalb und außerhalb positiv beeinflussen. Ohne diese Teilhabe werden ‚nicht weiß gelesene‘ Menschen weiterhin wenig Interesse daran haben, bei der Polizei zu arbeiten und der Polizei auch weiterhin nicht vertrauen. Und die Menschen mit Migrationsbiografie, die bei uns bereits beschäftigt sind, werden weiterhin Diskriminierung in der Polizei erfahren und uns womöglich langfristig als Personal verloren gehen.“



Die Führung muss sich klar werden: LSBTIQ*Personen gehören in die Mitte der Polizei

Johannes Distler: „Neben notwendigen Sensibilisierungsmaßnahmen für Führungskräfte und Kolleginnen wie Kollegen muss das Ziel die Entwicklung einer gelebten Kultur sein, in der sich die Frage der LSBTIQ*Angehörigkeit erst gar nicht mehr stellt. Allein, dass sich heute noch LSBTIQ*Personen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Vielfalt (Identität) verstecken müssen, zeigt, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben. Ein wichtiger Baustein sind die LSBTIQ*Ansprechpersonen in der Polizei und deren bundesweite Vernetzung. Mehr Offenheit für LSBTIQ* und Diversität innerhalb der Polizei zu schaffen, Führungskräfte wie Beschäftigte an das Thema heranzuführen, Personalabteilung und Nachwuchsgewinnung für den Umgang mit trans* und inter*Personen zu sensibilisieren, Netzwerke aufzubauen, Tabus und Vorurteile abzubauen sowie Queerfeindlichkeit zu bekämpfen und für Bürgerinnen und Bürger in diesem Kontext sichtbar und ansprechbar zu sein, sind die Ziele, die es zu erreichen gilt, damit LSBTIQ*Personen selbstverständlich werden.“



Intersektionales Denken steigert die Effizienz und Fairness der Polizeiarbeit

Leon Dietrich: „Intersektionales Denken ist entscheidend für die Weiterentwicklung der Polizei. Intersektionalität beschreibt, wie verschiedene Merkmale wie Geschlecht, ethnische Herkunft und Nationalität, soziale Herkunft, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, geistige und körperliche Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, Alter, miteinander interagieren und zusammenwirken. Diese Merkmale können gar nicht isoliert betrachtet werden, da sie sich wechselseitig und untrennbar beeinflussen. Etwa erfährt eine ‚nicht weiß gelesene Frau‘ eine andere Form der Diskriminierung als ein ‚nicht weiß gelesener Mann‘ oder eine ‚weiß gelesene Frau‘, da sie sowohl Rassismus als auch Sexismus ausgesetzt ist. Um Chancengleichheit zu gewährleisten und diskriminierungsfrei zu agieren, müssen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten in der strukturellen Benachteiligung berücksichtigt werden.“

Polizeibedienstete, Führungskräfte, Gremien, die innerhalb und außerhalb der Polizei intersektional denken, können viel besser mit allen Menschen kommunizieren.



Das führt zu einem positiven Arbeitsumfeld. Eine Polizei, die diversitätssensibel mit sich und der Gesellschaft umgehen kann, wird von der Gemeinschaft und dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen eher als fair und verständnisvoll wahrgenommen. Dies stärkt unsere Resilienz, fördert den Schutz unserer Demokratie und ermöglicht uns, das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Bevölkerung, die uns nicht verloren gehen darf, zu festigen. Gefördert werden Gleichberechtigung und Chancengleichheit, Vorurteile und Diskriminierung hingegen werden verringert.“ ■



Innenleben



HINWEISGEBERSCHUTZGESETZ

Nachscharfen dringend erforderlich

Redaktion

Seit mittlerweile einem Jahr ist das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) in Kraft. Auf dem Experten-Panel der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) Anfang Juli in Berlin zog der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Alexander Poitz Bilanz: „Das Gesetz muss dringend nachgeschärft werden. Es ist für Polizeibeamtinnen und -beamte zu unspezifisch“, sagte der Gewerkschafter. Bereits vor der Gesetzesverabschie-

dung hatte die GdP deshalb gefordert, nur strafbare Äußerungen in das Gesetz aufzunehmen, oder solche, die dem Disziplinarrecht unterliegen. Aktuell umfasst das HinSchG auch Äußerungen unterhalb dieser Anforderungen.

„Dienstrechtlich sind diese Äußerungen unter Umständen nicht sanktionsfähig, was die Gefahr des potenziellen Denunziantentums erhöht“, betonte der Gewerkschafter. „Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir, Hinweisgeber verlässlich zu schützen.“ ■



Zum Projekt der Gesellschaft
für Freiheitsrechte e. V. (GFF):

www.mach-meldung.org

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 09 | 73. Jahrgang 2024
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10 € zzgl. Versandkosten
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Anya/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker

Es gilt die Anzeigenliste Nr. 47 vom 1. Januar 2024.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

184.386 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT

Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

STAAT – VERFASSUNG – POLITIK

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Günter Burmeister**. Begründet von **Helmut Dohr**.



22. Auflage 2022

Umfang: 560 Seiten

Format: 14,8 x 20,8 cm, Broschur

Preis: 35,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0896-0

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 34,99 € [D]

Dieses Buch vermittelt die für den Polizeiberuf unerlässlichen Kenntnisse des deutschen Staats- und Verfassungswesens. Es gehört seit über vier Jahrzehnten zu den Standardwerken der Polizeiausbildung.

Für die 22. Auflage wurde das Werk unter neuer Autorenschaft völlig überarbeitet und aktualisiert. Die bewährte Struktur des Buches wurde im Wesentlichen beibehalten und gliedert sich in folgende Kapitel:

- Aus der allgemeinen Staatslehre
- Deutschland – gestern und heute
- Verfassungsrechtliche Grundprinzipien
- Grundrechte und grundrechtsähnliche Rechte
- Die freiheitlich demokratische Grundordnung
- Symbole des deutschen Staates
- Die Wahlen
- Die obersten Bundesorgane
- Die politischen Parteien
- Wesen und Wirken von Interessenverbänden
- Die Bundesgesetzgebung
- Die Notstandsverfassung
- Staatengemeinschaften

Aufbau und Inhalt des Werks ermöglichen es dem Nutzer, sich eine umfassende politische Bildung zu erarbeiten, wie sie im Polizeiberuf zwingend erforderlich ist. Wissensfragen am Ende der jeweiligen Abschnitte helfen zudem, die Themenkenntnisse zu überprüfen und zu vertiefen.



DIE AUTOREN

Dr. Günter Burmeister ist Richter am Bundesverwaltungsgericht sowie stellv. Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs. Er lehrt als Honorarprofessor Öffentliches Recht an der Technischen Universität Braunschweig.

Begründet von

Helmut Dohr († 2014) war Staatssekretär a.D. und bis 1990 in leitender Position im Polizeidienst tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Gewerkschaft
der Polizei

BB
Bank
Better Banking

BBBank-Kreditkarten¹ mit GdP-Logo



- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte¹
(Visa Card) zum Sonderpreis
von 29,90 Euro

**Sonderkonditionen
für GdP-Mitglieder
und ihre
Angehörigen**



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon oder
WhatsApp 0721 141-0
und auf www.bbbank.de/gdp

Einfach online bestellen:
www.bbbank.de/gdp



¹Ausgabe einer Kreditkarte; Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Junges Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.

Folgen Sie uns

